



Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch und Partnerschaftsgesetz * (EG ZGB)

Vom 27. März 1911 (Stand 1. Januar 2013)

Der Grosse Rat des Kantons Aargau,

in Vollziehung des Art. 52 des Schlusstitels des Schweizerischen Zivilgesetzbuches ¹⁾,

beschliesst:

0. Einleitung

0.1. Zuständige Behörden und Verfahren

§ 1

¹ Wo das Schweizerische Zivilgesetzbuch die Tätigkeit des Richters vorsieht, werden das Verfahren und die Zuständigkeit durch das Zivilprozessrecht geregelt, wenn nicht andere gesetzliche Bestimmungen darüber bestehen. *

§ 2

¹ Wo das Zivilgesetzbuch von einer Behörde spricht, wird diese durch das gegenwärtige Einführungsgesetz bezeichnet.

² Mit Beschwerde können angefochten werden: *

- a) * ...
- b) * ...
- c) * ...
- d) * ...

¹⁾ SR [210](#). Die eingeklammerten Ziffern sind Artikel des Schweizerischen Zivilgesetzbuches, wenn keine andere Bezeichnung dabei enthalten ist.

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

210.100

- e) * Entscheide des Regierungsrates über Namensänderungsgesuche, der Adoptionsbehörde und der kantonalen Aufsichtsbehörde im Zivilstandswesen, soweit sie nicht Disziplinar massnahmen zum Gegenstand haben, beim Obergericht innert 20 Tagen seit Zustellung.

§ 2a *

¹ Die in diesem Gesetz verwendeten Personenbezeichnungen beziehen sich auf beide Geschlechter.

0.2. ... *

§ 3 * ...

§ 4 * ...

§ 5 * ...

§ 6 * ...

§ 7 * ...

§ 8 * ...

§ 9 * ...

§ 10 * ...

§ 11 * ...

§ 12 * ...

§ 13 * ...

0.3. ... *

§ 14 * ...

§ 15 * ...

§ 16 * ...

§ 17 * ...

0.4. Veröffentlichungen

§ 18

¹ Die im Zivilgesetzbuch vorgesehenen Veröffentlichungen erfolgen durch das Aargauische Amtsblatt und überdies, wo es das Zivilgesetz vorschreibt, durch das Schweizerische Handelsamtsblatt.

² Ob sie auch noch in andern Zeitungen eingerückt werden sollen und ob ein öffentlicher Anschlag stattzufinden habe, bestimmt die Behörde, welche die Veröffentlichung anordnet.

³ Diese Behörde bestimmt auch, wie oft die Veröffentlichung stattfinden soll, soweit darüber nicht schon gesetzliche Vorschriften bestehen.

§ 19

¹ Zur Bewilligung einer Veröffentlichung ist in den Fällen, in denen nicht eine andere Behörde bezeichnet ist, der Gerichtspräsident zuständig.

0.5. Fristansetzungen und Zustellungen

§ 20 * ...

§ 21

¹ Die Zustellung aussergerichtlicher Vorkehren, wie Kündigungen, Aufforderungen und Anzeigen, die auf amtlichem Wege vorgenommen werden will, kann durch das Betreibungsamt am Wohnorte der Gegenpartei erfolgen.

² Der Grosse Rat legt die Gebühren fest. *

1. Ausführungsvorschriften zum Personenrecht

1.1. Die natürlichen Personen

1.1.1. Schutz der Persönlichkeit *

§ 22 * ...

§ 22a *

¹ Zuständige Stelle für die sofortige Ausweisung aus der gemeinsamen Wohnung (28b Abs. 4) ist die Polizei.

² Das Verfahren richtet sich nach den Bestimmungen über die Wegweisung und Fernhaltung gemäss § 34 Abs. 2 und 3 des Gesetzes über die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit (Polizeigesetz, PolG) vom 6. Dezember 2005 ¹⁾.

1.1.1^{bis}. Die Verschollenerklärung *

§ 22^{bis} * ...

§ 23

¹ Wird die Verschollenerklärung ausgesprochen, so hat das Gericht den Zeitpunkt des Beginnes ihrer Wirkung (38 Abs. 2) genau festzustellen.

§ 24

¹ Das Ergebnis des Verfahrens ist von Amtes wegen in das Gerichtsprotokoll einzutragen, öffentlich bekannt zu machen und dem Gesuchsteller mitzuteilen.

§ 25 * ...

1.1.2. *

§ 26 * ...

¹⁾ SAR [531.200](#)

1.1.3. Die Beurkundung des Personenstandes

§ 27 *

¹ Der Grosse Rat umschreibt und bezeichnet durch Dekret die Zivilstandskreise und legt den Sitz der Zivilstandsämter fest. Die betroffenen Gemeinden sind vorher anzuhören.

§ 28 *

¹ Die Gemeinden tragen die Kosten für die Errichtung und den Betrieb der Zivilstandsämter.

² Die Gemeinden, die einen Zivilstandskreis bilden, regeln durch Vertrag die Art des Zusammenwirkens, die Kostentragung und die Organisation des Zivilstandsamtes. Zuständig für den Vertragsabschluss sind die Gemeinderäte. Kommt kein Vertrag zu Stande, entscheidet der Regierungsrat gemäss § 72 Abs. 2 des Gesetzes über die Einwohnergemeinden (Gemeindegesetz) vom 19. Dezember 1978 ¹⁾.

³ Der Kanton belastet den Zivilstandsämtern die Kosten des informatisierten Standesregisters im Verhältnis zur Einwohnerzahl des Zivilstandskreises.

⁴ Der Gemeinderat am Sitz des jeweiligen Zivilstandsamtes stellt das erforderliche Personal an.

§ 29 *

¹ Der Regierungsrat erlässt die zum Vollzug des Bundesrechts nötigen Bestimmungen und bezeichnet die Aufsichtsbehörde.

² Die Bürger- und Ortsbürgergemeinden erhalten aus dem informatisierten Standesregister auf Verlangen eine Liste ihrer Bürgerinnen und Bürger.

§ 30 * ...

§ 31 * ...

§ 32 * ...

§ 33 * ...

¹⁾ SAR [171.100](#)

1.2. Die juristischen Personen

1.2.1. Vereine

§ 34 * ...

§ 35

¹ ... *

² Zur Anhebung der Klage auf Aufhebung eines Vereins wegen Widerrechtlichkeit oder Unsittlichkeit seines Zweckes (78) ist ausser den Beteiligten der Regierungsrat zuständig. *

1.2.2. Stiftungen

§ 36 *

¹ Die Organe der Stiftungen haben deren Vermögen mit Sorgfalt zu verwalten. Sie achten dabei auf Sicherheit, Risikoverteilung, Liquidität und angemessenen Ertrag.

§ 37 *

¹ Der Regierungsrat bezeichnet die Aufsichtsbehörde über Stiftungen mit Sitz im Kanton, die nicht auf dem Gebiet der Personalvorsorge tätig sind.

² Die Aufsichtsbehörden überprüfen insbesondere:

- a) Jahresrechnung und Bilanz;
- b) Kapitalanlagen;
- c) die Leistungen an die Destinatäre;
- d) die Besetzung der Stiftungsorgane;
- e) Stiftungsurkunden und Reglemente;
- f) die Liquidation.

Sie beschränken sich dabei auf eine Rechtskontrolle; Ermessensmissbrauch und Ermessensüberschreitung gelten als Rechtsverletzung.

³ Die Aufsichtsbehörden treffen die zur Behebung festgestellter Mängel erforderlichen Massnahmen.

⁴ Der Regierungsrat erlässt über die Ausübung der Aufsicht eine Verordnung und legt im Rahmen der massgebenden Dekrete ¹⁾ kostendeckende Gebühren fest.

¹⁾ Dekret über Gebühren für Amtshandlungen der Gemeinden (Gemeindegebührendekret, GGebD) vom 28. Oktober 1975 (SAR [661.710](#)) und Dekret über die durch den Staat zu beziehenden Gebühren vom 23. November 1977 (SAR [661.110](#)).

§ 38 *

¹ Der Regierungsrat bezeichnet die Aufsichtsbehörde über Personalvorsorgeeinrichtungen, die von Bundesrechts wegen (Art. 61 Abs. 1 BVG ¹), Art. 89^{bis} Abs. 6 ZGB) der kantonalen Aufsicht unterliegen.

² Der Regierungsrat erlässt über die Ausübung der Aufsicht eine Verordnung und legt im Rahmen der massgebenden Dekrete ²) kostendeckende Gebühren fest.

§ 39 * ...

2. Ausführungsvorschriften zum Familienrecht und Partnerschaftsrecht *

2.1. Das Eherecht und das Recht der eingetragenen Partnerschaft *

2.1.1. Das Eherecht *

§ 40 * ...

§ 41 * ...

§ 42 * ...

§ 42^{bis} * ...

§ 42a * ...

§ 42b * ...

§ 43

¹ ... *

² Die Staatsanwaltschaft ist zuständig zur Erhebung von Klagen auf Eheungültigkeit von Amtes wegen (106 Abs. 1). *

¹) Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge vom 25. Juni 1982 (SR [831.40](#))

²) Dekret über Gebühren für Amtshandlungen der Gemeinden (Gemeindegebührendekret, GGebD) vom 28. Oktober 1975 (SAR [661.710](#)) und Dekret über die durch den Staat zu beziehenden Gebühren vom 23. November 1977 (SAR [661.110](#)).

210.100

§ 44 *

¹ Die Gemeinden sorgen dafür, dass sich die Ehegatten bei Eheschwierigkeiten gemeinsam oder einzeln an fachlich ausgewiesene Ehe- oder Familienberatungsstellen wenden können; sie arbeiten bei der Erfüllung dieser Aufgabe mit bewährten Beratungsstellen zusammen oder schaffen selber geeignete Stellen.

§ 45 * ...

2.1.2. *Das Recht der eingetragenen Partnerschaft **

§ 45a * ...

§ 45b *

¹ Die Staatsanwaltschaft ist zuständig zur Erhebung von Klagen auf Ungültigkeit der eingetragenen Partnerschaft von Amtes wegen (Art. 9 Abs. 2 PartG).

§ 45c * ...

§ 45d *

¹ Die Bestimmungen zum Eherecht (§§ 40–44) sind sinngemäss anwendbar.

2.2. *Die Verwandtschaft*

2.2.1. *Die Entstehung des Kindesverhältnisses **

§ 46 * ...

§ 47 *

¹ Zur Aussprechung der Adoption ist der Regierungsrat zuständig (268).

² Er regelt das Verfahren. *

§ 48 *

¹ Zuständige Behörde im Sinne von Art. 316 Abs. 1^{bis} ZGB ist die vom Regierungsrat bezeichnete Verwaltungsstelle.

² Entscheide dieser Behörde können mit Beschwerde beim Verwaltungsgericht angefochten werden.

§ 48a *

¹ Zuständige Behörde im Sinne von Art. 268c Abs. 3 ZGB ist die vom Regierungsrat bezeichnete Verwaltungsstelle.

§ 49 *

¹ Zuständig zur Anfechtung einer Anerkennung (260a) ist der Gemeinderat der Heimat- oder Wohnsitzgemeinde des Anerkennenden.

§ 50 *

¹ Zuständige Behörde im Sinne von Art. 261 Abs. 2 ZGB ist der Gemeinderat des letzten Wohnsitzes des verstorbenen Vaters.

*2.2.2. Die Wirkungen des Kindesverhältnisses **

§ 51 * ...

§ 52 * ...

§ 53 * ...

§ 54

¹ Die Inkassohilfe gemäss Art. 131 Abs. 1 und Art. 290 ZGB richtet sich nach den Bestimmungen des Sozialhilfe- und Präventionsgesetzes (SPG) vom 6. März 2001 ¹⁾. *

² Soweit gerichtliche Verfahren eingeleitet werden müssen, fällt die Vertretung durch den Gemeinderat, eine von ihm bezeichnete Amtsstelle oder gemeinnützige private Institution nicht unter die den Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten vorbehaltene Tätigkeit. *

§ 55 * ...

§ 55a *

¹ Zur Einreichung des Begehrens um Anweisung an die Schuldner und um Sicherstellung (291, 292) sind auch die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde, das Obergericht, soweit es im Rahmen des Kindes- und Erwachsenenschutzrechts tätig wird, und die Fürsorgebehörden zuständig. *

¹⁾ SAR [851.200](#)

210.100

§ 55b * ...

§ 55c * ...

§ 55d * ...

§ 55e *

¹ Zuständige Behörde für die Einrichtungen der Heimpflege gemäss Art. 13 Abs. 1 lit. a der Verordnung über die Aufnahme von Pflegekindern (Pflegekinderverordnung, PAVO) vom 19. Oktober 1977 ^{1) 2)} ist das vom Regierungsrat bezeichnete Departement.

² Im Übrigen ist der Gemeinderat am Ort der Unterbringung die zuständige Behörde für die Bewilligung und die Aufsicht im Pflegekinderwesen (316 Abs. 1). *

§ 55f *

¹ Zentrale Behörde gemäss Art. 2 Abs. 1 des Bundesgesetzes über die internationale Kindesentführung und die Haager Übereinkommen zum Schutz von Kindern und Erwachsenen (BG-KKE) vom 21. Dezember 2007 ³⁾ ist das Departement Volkswirtschaft und Inneres.

² Vollstreckungsbehörde gemäss Art. 12 Abs. 1 BG-KKE ist das Departement Volkswirtschaft und Inneres.

2.2.3. Familiengemeinschaft

§ 56

¹ ... *

² ... *

§ 57

¹ Anzeigen gemäss Art. 333 Abs. 3 ZGB sind bei der zuständigen Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde einzureichen. *

² ... *

§ 58 * ...

¹⁾ SR [211.222.338](#)

²⁾ Formlos berichtet gemäss § 12 des Gesetzes über die amtlichen Publikationsorgane (Publikationsgesetz, PuG) vom 3. Mai 2011 (SAR [150.600](#))

³⁾ SR [211.222.32](#)

2.3. Der Erwachsenenschutz *

2.3.1. Organisation *

§ 59 * Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde *

¹ Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde ist das Familiengericht. *

² Aufsichtsbehörde über die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde ist das Obergericht (Zivilgericht). *

³ ... *

⁴ ... *

⁵ ... *

§ 60 Sitz der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde *

¹ Als Sitz der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde und damit als Wohnsitz der bevormundeten Kinder oder der unter umfassender Beistandschaft stehenden Volljährigen gilt die Gemeinde, in *

- a) * welcher die betroffene Person bei Errichtung der Vormundschaft oder der umfassenden Beistandschaft ihren Wohnsitz hat,
- b) * welche die Person mit Zustimmung der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde innerhalb deren Zuständigkeitskreises ihren gewöhnlichen Aufenthalt verlegt, oder
- c) * welcher die Person bei Übertragung der Massnahme von einer anderen Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat.

² ... *

§ 60a * Hinterlegung von Vorsorgeauftrag und Patientenverfügung

¹ Vorsorgeaufträge und Patientenverfügungen können bei der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde am Wohnsitz der betroffenen Person gegen Gebühr hinterlegt werden.

² Die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde führt über hinterlegte Vorsorgeaufträge und Patientenverfügungen ein Verzeichnis und bewahrt sie an einem sicheren Ort auf.

2.3.1^{bis}. Verfahren *

§ 60b * Einzelzuständigkeiten

¹ Die Bezirksgerichtspräsidentin oder der Bezirksgerichtspräsident entscheidet in Einzelzuständigkeit über vorsorgliche Massnahmen, Auskunftsbegehren (451 Abs. 2) und Vollstreckungen (450g).

² In die Einzelzuständigkeit fallen ferner folgende Geschäfte des Kindesschutzes:

- a) Genehmigung von Unterhaltsverträgen sowie Neuregelung der elterlichen Sorge bei Einigkeit der Eltern (134 Abs. 3 und 287),
- b) Zustimmung zur Adoption des bevormundeten Kindes (265 Abs. 3),
- c) Entgegennahme der Zustimmungserklärung von Vater und Mutter zur Adoption (265a Abs. 2),
- d) Übertragung der elterlichen Sorge von einem Elternteil auf den anderen auf gemeinsamen Antrag der unverheirateten Eltern (298 Abs. 3),
- e) Übertragung der gemeinsamen elterlichen Sorge auf gemeinsamen Antrag (298a Abs. 1),
- f) Ernennung der Beiständin oder des Beistands zur Vaterschaftsablärung und zur Sicherstellung der Regelung der Unterhaltspflicht des Vaters (309 Abs. 1 und 308 Abs. 2),
- g) Anordnung der Inventaraufnahme sowie der periodischen Rechnungsstellung und Berichterstattung über das Kindesvermögen (318 Abs. 3 und 322 Abs. 2),
- h) Entgegennahme des Kindesvermögensinventars nach Tod eines Elternteils (318 Abs. 2),
- i) Bewilligung zur Anzehrung des Kindesvermögens (320 Abs. 2),
- k) Anordnung einer Vertretungsbeistandschaft für das ungeborene Kind zur Wahrung erbrechtlicher Ansprüche (544 Abs. 1^{bis}),
- l) Berichtsprüfung, wenn die angeordnete Massnahme in der Einzelzuständigkeit liegt (Vaterschaftsregelung, 309).

³ In die Einzelzuständigkeit fallen ferner folgende Geschäfte des Erwachsenenschutzes:

- a) Überprüfung, Auslegung und Ergänzung des Vorsorgeauftrags und Einweisung der beauftragten Person in ihre Pflichten (363 und 364),
- b) Prüfung der Kündigung des Vorsorgeauftrags (367),
- c) Zustimmung zu Rechtshandlungen des Ehegatten beziehungsweise der eingetragenen Partnerin oder des eingetragenen Partners im Rahmen der ausserordentlichen Vermögensverwaltung (374 Abs. 3),
- d) Festlegung der Vertretungsberechtigung bei medizinischen Massnahmen (381 Abs. 2 und 3, 382 Abs. 3),
- e) Aufnahme eines Inventars und Anordnung zur Aufnahme eines öffentlichen Inventars (405 Abs. 2 und 3),
- f) Prüfung der Rechnung und des Berichts (415 Abs. 1 und 2, 425 Abs. 2),
- g) Entbindung von der Pflicht zur Ablage des Schlussberichts und der Schlussrechnung (425 Abs. 1 Satz 2),
- h) Antragstellung auf Anordnung eines Erbschaftsinventars (553 Abs. 1),
- i) Einleitung der Übertragung der bestehenden Massnahme an die Behörde des neuen Wohnsitzes (442 und 444),
- k) Erhebung des Strafantrags (Art. 30 Abs. 2 des Schweizerischen Strafgesetzbuchs [StGB] vom 21. Dezember 1937¹⁾).

¹⁾ SR [311.0](#)

⁴ Die Bezirksgerichtspräsidentin oder der Bezirksgerichtspräsident kann die Angelegenheiten gemäss § 60b Abs. 1–3 dem Kollegium zur Beurteilung überweisen, wenn es die rechtlichen oder tatbeständlichen Verhältnisse rechtfertigen.

§ 60c * Verfahrensart; Fristenstillstand

¹ Auf alle im Kindes- und Erwachsenenschutzrecht zu entscheidenden Fälle ist das summarische Verfahren gemäss den Art. 248 ff. der Schweizerischen Zivilprozessordnung [Zivilprozessordnung, ZPO] vom 19. Dezember 2008 ¹⁾ anwendbar.

² Der Fristenstillstand gemäss den Art. 145 f. ZPO gilt weder in erster noch in zweiter Instanz.

§ 61 Beiladung *

¹ Die instruierende Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde kann Dritte von Amtes wegen oder auf Antrag zum Verfahren beiladen, wenn diese durch den Ausgang des Verfahrens in eigenen Interessen berührt werden könnten. *

² Beigeladene haben Parteistellung und die damit verbundenen Rechte und Pflichten. Über die Anträge der ursprünglichen Parteien können sie nicht hinausgehen. Die Verfügung über den Streitgegenstand steht ihnen nicht zu. Mit der Beiladung wird der Entscheid auch für die Beigeladenen verbindlich. *

³ Verzichten Beigeladene auf eine aktive Teilnahme am Verfahren, tragen sie keine Kosten. *

§ 62 Parteien *

¹ Im erstinstanzlichen Verfahren vor der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde sind Partei, *

a) * ...

b) * ...

c) * wer durch Gesuch ein Verfahren einleitet,

d) * gegen wen ein Verfahren eingeleitet wird,

e) * Dritte, die sich am Verfahren mit eigenen Anträgen beteiligen,

f) * wer beigeladen ist.

² ... *

§ 62a * Vertretung

¹ In erstinstanzlichen Verfahren im Kindes- und Erwachsenenschutzrecht können sich die Beteiligten durch Personen nach freier Wahl verbeiständen und, soweit nicht persönliches Handeln oder Erscheinen nötig ist, vertreten lassen.

¹⁾ SR [272.0](#)

§ 62b * Verfahrensbeistandschaft

¹ Die Verfahrensbeiständin oder der Verfahrensbeistand (314a^{bis}, 449a, Art. 299 Abs. 1 ZPO) wird nach dem üblichen Berufsansatz oder, wenn es sich um eine ordentliche Beiständin oder einen ordentlichen Beistand handelt, nach den Regelungen über die Entschädigung der Beiständigen und Beistände entschädigt.

² Handelt es sich bei der Verfahrensbeiständin oder dem Verfahrensbeistand um eine Rechtsanwältin oder einen Rechtsanwalt, kommen die Regelungen über die Entschädigung der Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte zur Anwendung.

§ 63 Abklärungen durch die Gemeinden *

¹ Die Gemeinden führen im Auftrag der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde Sachverhaltsabklärungen durch und tragen deren Kosten. *

² Sie können diese Aufgabe an Dritte übertragen. Dabei stellen sie den Datenschutz sicher. *

³ Die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde kann gegenüber der Gemeinde eine Nachbesserung der Abklärungsarbeiten anordnen. Notfalls ordnet sie nach vorheriger Androhung die Ersatzvornahme auf Kosten der Gemeinde an. *

⁴ Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten durch Verordnung. *

§ 64 Einbezug der Gemeinde *

¹ Die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde gibt der Gemeinde vorgängig Gelegenheit zur Stellungnahme, wenn sie durch eine geplante Massnahme in ihren Interessen, insbesondere finanzieller Art, wesentlich berührt werden könnte. Die Gemeinde wird dadurch nicht zur Verfahrenspartei. *

² Der Gemeinde ist Akteneinsicht zu gewähren, soweit dies zur Wahrnehmung ihres Anhörungsrechts notwendig ist. Die Personen, denen Akteneinsicht gewährt wird, unterstehen der Verschwiegenheitspflicht. *

³ Bei Gefahr im Verzug ist der Gemeinde nachträglich Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. *

⁴ Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten durch Verordnung. *

§ 64a * Anhörung gemäss Art. 447 ZGB *

¹ Die betroffene Person wird unter Vorbehalt von Art. 447 Abs. 2 ZGB durch die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde oder ein einzelnes Mitglied der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde angehört. *

§ 64b * Vorgehen bei Kindesanhörung gemäss Art. 314a ZGB

¹ Die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde lädt das Kind zur Anhörung ein, orientiert es in altersgerechter Weise über seine Rechte und hört es an.

² Das Kind wird in der Regel durch ein einzelnes Mitglied der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde angehört.

³ Verzichtet die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde entgegen dem Wunsch des Kindes auf die Anhörung, eröffnet sie dies dem urteilsfähigen Kind in einem Entscheid.

§ 65 Protokoll *

¹ Von der Unterzeichnung des Protokolls durch die Parteien, die Zeuginnen und Zeugen sowie die Gutachterinnen und Gutachter kann abgesehen werden. *

§ 65a * Kosten im Erwachsenenschutzverfahren

¹ In Erwachsenenschutzverfahren werden die Gerichtskosten in erster Instanz der betroffenen Person auferlegt, es sei denn, besondere Umstände rechtfertigen eine andere Verteilung oder den Verzicht auf die Erhebung von Gerichtskosten.

² Besondere Umstände, die den Verzicht auf die Erhebung von Gerichtskosten rechtfertigen, liegen namentlich vor, wenn von der Anordnung einer Massnahme abgesehen wird.

³ Keine Gerichtskosten werden erhoben in

- a) erster Instanz im Zusammenhang mit Art. 419 ZGB, es sei denn, das Verfahren ist mutwillig oder leichtfertig veranlasst oder dessen Durchführung in rechtlich vorwerfbarer Weise erschwert worden,
- b) erster und zweiter Instanz in Verfahren auf Erlass ambulanter Massnahmen, fürsorglicher Unterbringungen und Nachbetreuungen sowie in Verfahren betreffend die Sterilisation von Personen unter umfassender Beistandschaft und von dauernd urteilsunfähigen Personen.

⁴ Im Übrigen sind die Bestimmungen der Zivilprozessordnung zu den Kosten anwendbar, insbesondere im Beschwerdeverfahren, für die Parteientschädigung sowie die unentgeltliche Rechtspflege.

§ 65b * Kosten im Kindesschutzverfahren

¹ In Kindesschutzverfahren kann in erster Instanz auf die Erhebung von Gerichtskosten verzichtet werden, wenn besondere Umstände es rechtfertigen.

² Besondere Umstände, die den Verzicht auf die Erhebung von Gerichtskosten rechtfertigen, liegen namentlich vor, wenn von der Anordnung einer Massnahme abgesehen wird.

³ Keine Gerichtskosten werden erhoben in erster Instanz im Zusammenhang mit Art. 419 ZGB, es sei denn, das Verfahren ist mutwillig oder leichtfertig veranlasst oder dessen Durchführung in rechtlich vorwerfbarer Weise erschwert worden.

⁴ Im Übrigen sind die Bestimmungen der Zivilprozessordnung zu den Kosten anwendbar, insbesondere bei der Kostenverteilung, im Beschwerdeverfahren, für die Parteientschädigung sowie die unentgeltliche Rechtspflege.

§ 65c * Mitteilung an Gemeinde und andere Behörden

¹ Die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde informiert die Wohnsitzgemeinde über die Anordnung und Aufhebung von Massnahmen im Kindes- und Erwachsenenschutz, soweit nicht überwiegende Interessen entgegenstehen. Sie informiert weitere Amtsstellen und Behörden, soweit dies zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben erforderlich ist.

§ 65d * Rechtsschutz; Rechtsmittelinstanz

¹ Das Obergericht (Zivilgericht) beurteilt unter Vorbehalt von § 67q Beschwerden gegen Entscheide der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde.

2.3.1^{ter}. Mandatsführung *

§ 66 Pflichten der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde *

¹ Die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde ernennt Berufsbeiständinnen und Berufsbeistände oder geeignete Privatpersonen für die Führung von Beistandschaften. *

² Sie ist verantwortlich für die fachliche Führung, Instruktion und Unterstützung der Beiständinnen und Beistände. *

§ 67 Pflichten der Gemeinden *

¹ Die Gemeinden sorgen dafür, dass genügend und geeignete Beiständinnen und Beistände zur Verfügung stehen. Sie schlagen der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde auf deren Ersuchen hin geeignete Personen vor. *

² Unterlassen es die Gemeinden, Berufsbeiständinnen und Berufsbeistände zu stellen, ernennt die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde die nötigen Fachleute auf deren Kosten. *

³ Der Regierungsrat regelt die fachlichen Anforderungen an die Beiständinnen und Beistände, deren Aktenführung sowie die Ablage und Prüfung der Rechnungen durch Verordnung. *

⁴ Die Entschädigung der Beiständinnen und Beistände regelt der Regierungsrat durch Verordnung. Bei volljährigen Personen wird die Entschädigung aus deren Vermögen entrichtet. Unterschreitet das Vermögen einen vom Regierungsrat durch Verordnung festzulegenden Mindestsatz, trägt die Gemeinde die Entschädigung sowie den Spesen- und Auslagenersatz. *

⁵ Bei Kindesschutzmassnahmen bevorschusst die Gemeinde die entsprechenden Kosten. Sie kann diese von den Eltern im Rahmen ihrer Unterhaltspflicht zurückfordern. *

2.3.2. Fürsorgerische Unterbringung *

§ 67a * Zuständigkeit bei Zurückbehaltung *

¹ In Einrichtungen mit ärztlicher Leitung gelten die diensthabenden Kaderärztinnen und Kaderärzte als ärztliche Leitung (427 Abs. 1). *

² In Einrichtungen ohne ärztliche Leitung kann eine freiwillig eingetretene Person nur mittels eines Unterbringungsentscheids am Verlassen der Einrichtung gehindert werden. *

§ 67b * Vorsorglich angeordnete Unterbringung *

¹ Über die vom zuständigen Mitglied der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde als vorsorgliche Massnahme angeordnete fürsorgerische Unterbringung entscheidet die Behörde in ordentlicher Besetzung spätestens innert 96 Stunden seit dem Entzug der Bewegungsfreiheit. *

a) * ...

b) * ...

² ... *

§ 67c * Zuständigkeit bei ärztlicher Unterbringung *

¹ Alle kantonalen Amtsärztinnen und Amtsärzte und, wenn Gefahr im Verzug ist, die im Kanton niedergelassenen, zur Berufsausübung berechtigten Ärztinnen und Ärzte, die Kaderärztinnen und Kaderärzte sowie die Heimärztinnen und Heimärzte der überweisenden Einrichtung können eine fürsorgerische Unterbringung einer volljährigen Person für längstens sechs Wochen anordnen (429). *

² Das Gleiche gilt für die fürsorgerische Unterbringung einer minderjährigen Person zur Behandlung einer psychischen Störung (314b). *

§ 67d * Verfahren bei ärztlicher Unterbringung *

¹ Je ein Exemplar des ärztlichen Unterbringungsentscheids ist der betroffenen Person, der Einrichtung, der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde sowie gegebenenfalls der Beiständin oder dem Beistand zukommen zu lassen. *

² Im Fall einer aus ärztlicher Sicht notwendigen Verlängerung der Unterbringung hat die Einrichtung den entsprechenden Antrag zusammen mit den Akten der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde mindestens 10 Arbeitstage vor Ablauf der sechswöchigen Frist gemäss § 67c einzureichen. *

³ Wird innert der sechswöchigen Frist gemäss § 67c eine ärztliche Einweisung oder eine Ablehnung der Entlassung durch die Einrichtung in einem gerichtlichen Verfahren materiell überprüft und bestätigt, erübrigt sich ein Unterbringungsentscheid der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde gemäss Art. 429 Abs. 2 ZGB. *

210.100

⁴ Liegt ein gerichtliches Urteil gemäss Absatz 3 vor, ist bis zum Ablauf von sechs Wochen ab dem ärztlichen Unterbringungsentscheid die Einrichtung und danach die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde für die Entlassung der betroffenen Person zuständig. Die betroffene Person wird mit dem gerichtlichen Urteil schriftlich darüber informiert, welche Stelle in welchem Zeitraum für die Behandlung eines Entlassungsgesuchs zuständig ist. *

§ 67e * Beizug einer Vertrauensperson *

¹ Jede in eine Einrichtung eingewiesene Person hat das Recht, eine Vertrauensperson beizuziehen. Sie ist sofort nach dem Eintritt in geeigneter Form auf dieses Recht aufmerksam zu machen. *

§ 67e^{bis} * ...

§ 67f * ...

§ 67g * Einschränkung der Bewegungsfreiheit im Rahmen einer fürsorgerischen Unterbringung *

¹ Zuständig zur Anordnung von bewegungseinschränkenden Massnahmen gemäss Art. 438 ZGB sind in Einrichtungen mit ärztlicher Leitung die diensthabenden Kaderärztinnen und Kaderärzte sowie die Heimärztinnen und Heimärzte. *

² In Einrichtungen ohne ärztliche Leitung sind Massnahmen zur Einschränkung der Bewegungsfreiheit von Kaderpersonen primär aus dem pflegerischen Bereich anzuordnen. Die Einrichtungen bezeichnen in einem Reglement die Funktionen der für die Anordnung zuständigen Kaderpersonen. Die behandelnde Ärztin oder der behandelnde Arzt ist bei der Anordnung bewegungseinschränkender Massnahmen zwingend miteinzubeziehen. *

³ ... *

§ 67h * Verlegung in eine andere Einrichtung *

¹ Bei Verlegung in eine andere Einrichtung ist ein neuer Unterbringungsentscheid zu erlassen. *

² Bei ärztlicher Zuständigkeit sind auch die Kaderärztinnen und Kaderärzte sowie die Heimärztinnen und Heimärzte der überweisenden Einrichtung zur Anordnung der Verlegung befugt. *

³ Die gesamte Dauer der ärztlichen Einweisung darf sechs Wochen nicht übersteigen. *

§ 67i * Entlassung *

¹ Ist die Einrichtung nicht selbst für die Entlassung zuständig, erstattet sie der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde unverzüglich Meldung, sobald die Voraussetzungen für die Unterbringung nicht mehr erfüllt sind. *

² Entlassungsgesuche der betroffenen oder einer ihr nahe stehenden Person sind an die Einrichtung zu richten. Ist diese nicht selbst zuständig, leitet sie das Gesuch mit einem begründeten Antrag ohne Verzug an die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde weiter. *

³ Ist die Einrichtung für die Entlassung zuständig, hört sie die betroffene Person persönlich an, bevor sie einen Entscheid fällt. Der schriftliche Entlassungsentscheid ist mit einer Rechtsmittelbelehrung zu versehen. *

⁴ Die für die Entlassung zuständige Stelle hat die Beiständin oder den Beistand rechtzeitig über die bevorstehende Entlassung zu orientieren. *

§ 67k * Nachbetreuung im Allgemeinen *

¹ Bei Rückfallgefahr ist beim Austritt eine Nachbetreuung vorzusehen. Im Rahmen der Nachbetreuung sind jene Massnahmen zulässig, die geeignet erscheinen, einen Rückfall zu vermeiden, namentlich die *

- a) * Verpflichtung, regelmässig eine fachliche Beratung oder Begleitung in Anspruch zu nehmen oder sich einer Therapie zu unterziehen,
- b) * Anweisung, bestimmte Medikamente einzunehmen,
- c) * Anweisung, sich alkoholischer Getränke oder anderer Suchtmittel zu enthalten und dies gegebenenfalls mittels entsprechender Untersuchungen nachzuweisen.
- d) * ...

² Stimmt die betroffene Person der Nachbetreuung zu, trifft die Einrichtung mit ihr im Rahmen des Austrittsgesprächs eine schriftliche Vereinbarung über die Durchführung der Nachbetreuung. Ist diese Vereinbarung sachgerecht, wird sie im Entlassungsentscheid genehmigt. *

³ Fehlt die Zustimmung der betroffenen Person oder ist die Nachbetreuungsvereinbarung gemäss Absatz 2 nicht sachgerecht, entscheidet die für die Entlassung zuständige Stelle über die Nachbetreuung. *

§ 67l * Nachbetreuung bei Entlassung durch die Einrichtung *

¹ Ist die Einrichtung für die Entlassung zuständig, legen in Einrichtungen mit ärztlicher Leitung die diensthabenden Kaderärztinnen und Kaderärzte die Nachbetreuung fest. *

² Die Nachbetreuung ist auf höchstens sechs Monate zu befristen. Sie fällt spätestens mit Ablauf der festgelegten Dauer dahin, wenn keine Anordnung der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde vorliegt. *

210.100

³ Die Einrichtung lässt der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde sowie gegebenenfalls der Beiständin oder dem Beistand eine Kopie des Entlassungsentscheids, einschliesslich der vorgesehenen Nachbetreuung, zukommen. *

⁴ In Einrichtungen ohne ärztliche Leitung richtet sich die Nachbetreuung nach § 67m. *

§ 67m * Nachbetreuung bei Entlassung durch die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde *

¹ Ist die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde für die Entlassung zuständig, entscheidet sie gestützt auf die ärztliche Beurteilung über die Anordnung der Nachbetreuung. Sie lässt ihren Entscheid gegebenenfalls der Beiständin oder dem Beistand zukommen. *

² Die Nachbetreuung ist auf höchstens zwölf Monate zu befristen. Sie fällt spätestens mit Ablauf der festgelegten Dauer dahin, wenn keine neue Anordnung der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde vorliegt. *

³ Die Einrichtung lässt der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde ihren begründeten Antrag bezüglich der Entlassung und der Nachbetreuung zukommen. *

§ 67n * Ambulante Massnahmen *

¹ Um die Einweisung in eine Einrichtung zu vermeiden, kann die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde bei einer Person, die an einer psychischen Störung oder an geistiger Behinderung leidet oder schwer verwahrlost ist, ambulante Massnahmen gegen den Willen der betroffenen Person anordnen, wenn die nötige Behandlung oder Betreuung nicht anders erfolgen kann. § 67k Abs. 1 gilt sinngemäss. Sie lässt ihren Entscheid gegebenenfalls der Beiständin oder dem Beistand zukommen. *

² Ambulante Massnahmen sind auf höchstens zwölf Monate zu befristen. Sie fallen spätestens mit Ablauf der festgelegten Dauer dahin, wenn keine neue Anordnung der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde vorliegt. *

§ 67o * Rückmeldung der Durchführungsstelle *

¹ Die mit der Durchführung der angeordneten Massnahmen im Einzelfall beauftragte Stelle hat der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde Meldung zu erstatten, sobald sich die betroffene Person nicht an die Anordnungen hält oder die Nachbetreuung beziehungsweise die ambulanten Massnahmen die gewünschte Wirkung nicht erzielen. *

§ 67p * Vollstreckung der Nachbetreuung und ambulanten Massnahmen *

¹ Für das Vollstreckungsverfahren der angeordneten Nachbetreuung und ambulanten Massnahmen ist die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde zuständig. *

² Die polizeiliche Zuführung ist möglich, falls sie verhältnismässig erscheint. Im Übrigen ist die Anwendung von körperlichem Zwang unzulässig. *

³ ... *

§ 67q * Beschwerdeverfahren; besondere Bestimmungen bei fürsorgerischer Unterbringung *

¹ Das Verwaltungsgericht entscheidet als Kollegialgericht über Beschwerden gegen *

- a) * eine fürsorgerische Unterbringung einer volljährigen Person,
- b) * eine fürsorgerische Unterbringung einer minderjährigen Person zur Behandlung einer psychischen Störung,
- c) * eine Zurückbehaltung,
- d) * eine Abweisung eines Entlassungsgesuchs,
- e) * eine Behandlung einer psychischen Störung ohne Zustimmung,
- f) * eine Massnahme zur Einschränkung der Bewegungsfreiheit im Rahmen einer fürsorgerischen Unterbringung,
- g) * eine angeordnete Nachbetreuung oder ambulante Massnahme,
- h) * die Vollstreckung dieser Massnahmen.

² In sämtlichen Fällen gelangt Art. 450e Abs. 2 ZGB sinngemäss zur Anwendung. *

³ Der betroffenen Person ist eine amtliche Rechtsvertretung zu bestellen, wenn sie ihre Interessen nicht genügend zu wahren vermag oder andere Umstände dies erfordern. Die Entschädigung der Rechtsvertretung richtet sich nach dem massgebenden Tarif und kann von der kostenpflichtigen betroffenen Person zurückgefordert werden. *

⁴ Die schriftliche Eröffnung des Entscheids kann auf die Zustellung des Dispositivs beschränkt werden mit dem Hinweis, dass der Entscheid rechtskräftig wird, wenn innert 30 Tagen keine Partei eine schriftlich begründete Ausfertigung verlangt. Verzichten die Parteien auf eine vollständige Ausfertigung, ist eine kurze Begründung in die Akten aufzunehmen. *

§ 67r * Kosten *

¹ Die Kosten einer fürsorgerischen Unterbringung, der stationären oder ambulanten Behandlung sowie der Nachbetreuung gehen zu Lasten der betroffenen Person. *

² Subsidiär werden die Kosten gemäss der Gesetzgebung über die öffentliche Sozialhilfe und die soziale Prävention von der Wohnsitzgemeinde der betroffenen Person getragen. *

2.3.3. Verschiedene Bestimmungen *

§ 67s * Erfahrungsaustausch und Praxisentwicklung *

¹ Die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde sorgt für eine effiziente und wirkungsvolle Zusammenarbeit zwischen ihr, den Gemeinden, den mit den Abklärungen betrauten Personen sowie den Beiständigen und Beiständigen. *

² Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten durch Verordnung. *

210.100

§ 67t * Einschränkung der Bewegungsfreiheit in Wohn- oder Pflegeeinrichtungen

¹ In Wohn- oder Pflegeeinrichtungen sind Massnahmen zur Einschränkung der Bewegungsfreiheit bei urteilsunfähigen volljährigen Personen von Kaderpersonen primär aus dem ärztlichen oder pflegerischen Bereich anzuordnen (383–385).

² Die Einrichtungen bezeichnen in einem Reglement die Funktionen der für die Anordnung zuständigen Kaderpersonen.

§ 67u * Regress

¹ Hat der Kanton Schadenersatz oder Genugtuung gemäss Art. 454 ZGB geleistet, kann er gegen die Mitglieder und Mitarbeitenden der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde sowie die von der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde als Beiständinnen und Beistände ernannten Privatpersonen Rückgriff nehmen, wenn diese den Schaden vorsätzlich oder grobfahrlässig verursacht haben.

² Bei widerrechtlichen Handlungen einer von einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband angestellten oder beauftragten Person oder weiteren Stelle kann der Kanton auch dann Rückgriff auf das betroffene Gemeinwesen nehmen, wenn die Person oder weitere Stelle kein Verschulden trifft. Der Rückgriff des betroffenen Gemeinwesens auf die Person oder weitere Stelle richtet sich nach kantonalem Haftungsrecht.

³ Unter Vorbehalt von § 17 des Haftungsgesetzes (HG) vom 24. März 2009 ¹⁾ sind Rückgriffsansprüche beim Verwaltungsgericht geltend zu machen.

3. Ausführungsvorschriften zum Erbrecht

3.1. Erbrechtliche Bestimmungen

§ 68 * ...

§ 69 * ...

3.2. Letztwillige Verfügungen

§ 70 * ...

¹⁾ SAR [150.200](#)

§ 71

¹ Die Aufbewahrung der letztwilligen Verfügungen und der Erbverträge (504, 505, 507 und 512) erfolgt durch den Gerichtspräsidenten des Wohnortes des Erblassers. Dagegen können die nach Zivilgesetzbuch zulässigen mündlichen Verfügungen (506) auch bei jedem andern Gerichtspräsidenten des Kantons niedergelegt (507 Abs. 1) oder zu Protokoll gegeben werden (507 Abs. 2).

3.3. Massnahmen für den Erbgang

§ 72 *

¹ Der Gerichtspräsident ist die zuständige Behörde für alle den Erbgang betreffenden Massnahmen unter Vorbehalt der nachfolgenden Bestimmungen.

§ 73

¹ Die Gemeinderäte haben dem Gerichtspräsidenten ¹⁾ von denjenigen Erbschaftsfällen Kenntnis zu geben, in denen nach Gesetz von Amtes wegen Massnahmen getroffen werden müssen (553 Abs. 1 und 2, 554 Abs. 1–3, 555, 592).

§ 74

¹ Die bei Beerbung einer verschollenen Person zu leistende Sicherheit (546, 548 Abs. 2 und 3) sowie der einer verschwundenen Person anfallende Erbteil (548 Abs. 1) werden von der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde verwaltet. *

² Sie entscheidet über die Höhe, die Art, die Dauer und die Rückgabe der Sicherheit.

³ Die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde, die das Vermögen oder den Erbteil einer verschwundenen Person verwaltet, kann die Verschollenerklärung verlangen (550), sobald die gesetzlichen Voraussetzungen zutreffen. *

§ 75

¹ Die Aufnahme der erbrechtlichen Inventare lässt der Gerichtspräsident ¹⁾ in allen Fällen (490, 552, 553, 581 und 595) durch den Gemeinderat des Wohnortes vornehmen.

§ 76

¹ Über die Anordnung der Siegelung (551, 552) und über das Verfahren bei der Aufnahme und Eröffnung der Inventare erlässt der Regierungsrat eine Verordnung.

¹⁾ Begriff gemäss § 445 des Zivilrechtspflegegesetzes (Zivilprozessordnung, ZPO) vom 18. Dezember 1984, in Kraft seit 1. Januar 1988 (AGS Bd. 12 S. 390).

§ 76a *

¹ Der Grosse Rat legt die Gebühren für die Ausstellung von Erbenverzeichnissen, die Aufnahme von Erbschaftsinventaren, die Siegelung von Erbschaften und die Verwaltung von Sicherheiten und Erbteilen fest.

§ 77

¹ Die Eröffnung der letztwilligen Verfügungen und der Erbverträge (551, 556, 557, 558) erfolgt durch den Gerichtspräsidenten. *

² Ist eine Nacherbeneinsetzung verfügt, ordnet der Gerichtspräsident die Inventuraufnahme an (490). *

§ 78 * ...

3.4. *Besondere Streitfälle*

§ 79 * ...

§ 80 * ...

3.5. *Besondere Vorschrift über Teilungen*

§ 81

¹ Für die Teilung von Wies- oder Ackerland oder Waldboden (616) sind die Bestimmungen betreffend Zerstückelung von Grundstücken massgebend.

4. Ausführungsvorschriften zum Sachenrecht und kantonale sachenrechtliche Bestimmungen

4.1. Das Eigentum

4.1.1. Das öffentliche Gut und das herrenlose Land

§ 82

¹ Das öffentliche Gut, das dem Gebrauch von jedermann dient, wie Strassen, öffentliche Plätze, Gewässer, ist entweder Eigentum des Staates oder Eigentum der Gemeinde.

² ... *

³ Der Gebrauch dieses öffentlichen Gutes wird geordnet durch die Gesetze und Erlasse über das Strassenwesen, die Gewässer, die Wasserwerke, die Fischerei und die öffentlichen Anlagen.

§ 83

¹ Das zum Vermögen des Staates oder einer Gemeinde gehörende Gut, das nicht zu jedermanns Gebrauche dient, wie die öffentlichen Gebäude mit dem dazu gehörenden Grund und Boden sowie das Staats- und Gemeindeland, wird verwaltet und benützt gemäss den für das Staatsgut und die Gemeingüter geltenden Gesetzen und Verordnungen.

§ 84

¹ Der Kultur nicht fähiges Land, wie Felswände und Schutthalden (herrenloses Land), gehört unter Vorbehalt anderweitigen Nachweises dem Staat.

§ 84a *

¹ Wird ein im Grundbuch eingetragenes Grundstück, das im Kataster der belasteten Standorte eingetragen ist, nach Ausweis des Grundbuchs herrenlos, fällt es in das Eigentum des Kantons.

4.1.2. Inhalt und Beschränkungen des Grundeigentums

4.1.2.1. Grenzstreitigkeiten

§ 85 * ...

4.1.2.2. Ableitung von Quellen

§ 86 * ...

4.1.2.3. Nachbarrecht

§ 87 * ...

§ 88

¹ Für neue Pflanzungen gelten, gemessen ab Stockmitte, folgende Vorschriften: *

210.100

² Hochstämmige Bäume, die nicht zu den Obstbäumen gehören, sowie Nuss- und Kastanienbäume dürfen nur in einer Entfernung von 6 m, andere Obstbäume nur in einer Entfernung von 3 m, Zwergbäume, Zierbäume und Sträucher, die nicht höher sind als 3 m, nur in einer solchen von 1 m und Reben nur in einer solchen von ½ m von der Grenze gepflanzt werden. Zierbäume dürfen bis auf die Entfernung von 3 m gepflanzt werden, sofern sie eine Höhe von 6 m nicht übersteigen.

³ ... *

⁴ Gegenüber Rebland erhöhen sich diese Entfernungen für Bäume, die nicht Zwergbäume sind, um je 2 m. *

⁵ Gegenüber Waldboden beträgt die Entfernung für alle Pflanzungen nur ½ m.

⁶ Gegenüber Grundstücken in der Landwirtschaftszone, die nicht zum Rebland zählen, muss ein Grenzabstand von 60 cm ab Gehölzrand eingehalten werden. *

§ 89 *

¹ Gegenüber Grundstücken in der Bauzone dürfen Gehölze, die nicht höher sind als 1,80 m, bis auf 60 cm, ab Stockmitte gemessen, an die Grenze gesetzt und müssen so geschnitten werden, dass sie nicht über die Grenze wachsen.

² Gegenüber Grundstücken in der Landwirtschaftszone müssen sie einen Grenzabstand von mindestens 60 cm ab Gehölzrand einhalten.

³ Mit schriftlicher Zustimmung der betroffenen Eigentümer können die Abstände reduziert oder aufgehoben werden.

§ 90

¹ Für die Abstände gegenüber den öffentlichen Strassen, Plätzen und Gewässern bleiben in allen Fällen besondere gesetzliche Bestimmungen vorbehalten.

§ 91 *

¹ Der Eigentümer darf das Nachbargrundstück nach Vorankündigung betreten, um Gehölze an der Grenze zu schneiden sowie Mauern, Zäune und dergleichen an oder auf der Grenze zu unterhalten oder wieder in Stand zu setzen. Für daraus entstehenden Schaden hat er Ersatz zu leisten.

4.1.2.4. *Betreten von Wald und Weide*

§ 92

¹ Die im Interesse der Kulturen vorbehaltenen Verbote betreffend Wald und Weide (699) werden vom zuständigen Departement erlassen. *

² Gegen ein erlassenes Verbot kann jederzeit Beschwerde geführt werden.

4.1.2.5. Heimatschutz

§ 93 * ...

4.1.2.6. Zerstückelung der Güter

§ 94

¹ Die Zerstückelung von Grundstücken (616, 702) ist nur so weit zulässig, als die einzelnen zusammenhängenden Teile einen Flächeninhalt von wenigstens 36 Aren behalten oder durch Zusammenlegen mit Nachbargrundstücken erhalten. *

² Diese Bestimmung bezieht sich nicht auf Zier- und Pflanzgärten, Rebberge, Hof- und Bauplätze und auch nicht auf Teilungen durch Enteignung.

³ Weitere Ausnahmen kann der Regierungsrat bewilligen, falls gewichtige Gründe vorliegen.

§ 95 *

¹ Verträge, die diesen Vorschriften zuwiderlaufen oder deren Umgehung bezwecken, sind nichtig und geben kein Recht auf Eintragung in das Grundbuch.

4.1.2.7. Bodenverbesserungen

4.1.2.7.1. Betreffend Flurgrundstücke

§ 96 * ...

§ 97 * ...

§ 98 * ...

§ 99 * ...

§ 100 * ...

§ 101 * ...

§ 102 * ...

210.100

4.1.2.7.2. Betreffend Baugebiet

§ 103 * ...

§ 104 * ...

§ 105 * ...

§ 106 * ...

§ 107 * ...

§ 108 * ...

§ 109 * ...

§ 110 * ...

§ 111 * ...

§ 112 * ...

§ 113 * ...

§ 114 * ...

§ 115 * ...

§ 116 * ...

4.1.3. Gefundene Sachen

§ 117 *

¹ Zur Auskündigung, Aufbewahrung und Versteigerung gefundener Sachen (720 und 721) ist die Gemeinde des Fundorts zuständig.

§ 117a *

¹ Herrenlose Naturkörper und Altertümer von wissenschaftlichem Wert im Eigentum des Kantons können vom zuständigen Departement mit Zustimmung des Regierungsrates ausnahmsweise veräussert werden (724).

² Legalitätsbescheinigungen für Besitzer von Sachen gemäss Absatz 1 werden vom zuständigen Departement ausgestellt.

4.2. Die beschränkten dinglichen Rechte

4.2.1. Grunddienstbarkeiten

§ 118

¹ Die bestehenden Tretrechte sind mit möglichster Schonung der Kulturen des belasteten Grundstücks auszuüben. Das Austreten beim Pflügen darf nicht mehr als 4 m betragen.

² Tretrechte können unter allen Umständen gegen Entschädigung abgelöst werden.

§ 119 * ...

4.2.2. Nutzniessung und Wohnrecht

§ 120 * ...

§ 121 * ...

4.2.3. Grundpfandrecht

§ 122 * ...

§ 123

¹ Ein gesetzliches Grundpfandrecht besteht zu Gunsten der Gebäudeversicherungsanstalt auf dem versicherten Gebäude für einen verfallenen und den laufenden Versicherungsbeitrag. Dieses Pfandrecht besteht ohne Eintragung in das Grundbuch und geht allen eingetragenen Belastungen vor.

§ 124 * ...

210.100

§ 125 * ...

§ 126 * ...

§ 127 * ...

§ 128 * ...

§ 129 * ...

§ 130

¹ Zahlungen des Pfandschuldners durch Hinterlegung (851 Abs. 2) sind an die Aargauische Kantonalbank zu machen. *

§ 131 * ...

4.2.4. Fahrnispfand

§ 132

¹ Die Geldinstitute und Genossenschaften, die zu Pfandgaben auf Vieh (885), sowie die Anstalten, die zur Ausgabe von Pfandbriefen berechtigt sein sollen (916 und 918), werden vom Regierungsrat bezeichnet.

§ 133

¹ Die Führung der Protokolle für die Viehverpfändung (885) ist Sache der Betreibungsbeamten.

§ 134 *

¹ Der Regierungsrat erteilt die Bewilligung zur Ausübung des Pfandleihgewerbes, wenn der Betreiber oder die Betreiberin für eine ordnungsgemässe Geschäftsführung Gewähr bietet.

² Die Anforderungen an eine ordnungsgemässe Geschäftsführung werden durch Verordnung geregelt.

4.3. *Besitz und Grundbuch*

4.3.1. *Besitzesklagen*

§ 135 * ...

4.3.2. *Grundbuch*

4.3.2.1. *Organisation*

§ 136 *

¹ Der Regierungsrat regelt die Organisation und die technischen Einzelheiten der Grundbuchführung.

² Das Grundbuch kann mit elektronischer Datenverarbeitung (EDV-Grundbuch) geführt werden.

§ 137 * ...

§ 138

¹ Die Grundbuchverwalterin oder der Grundbuchverwalter muss über *

- a) * einen kantonalen oder ausserkantonalen Fähigkeitsausweis als Notarin oder Notar,
- b) * einen ausserkantonalen Fähigkeitsausweis als Grundbuchverwalterin oder Grundbuchverwalter oder
- c) * ein juristisches Masterdiplom oder ein juristisches Lizenziat einer schweizerischen Universität oder ein Masterdiplom einer schweizerischen Fachhochschule mit Fachrichtung Notariat verfügen.

² Wer eine der Voraussetzungen gemäss Absatz 1 lit. c erfüllt, hat sich zusätzlich über ausreichende praktische Erfahrung auszuweisen. Diese muss sich auf die Rechtsgebiete beziehen, welche für eine fachlich qualifizierte Führung des Grundbuchs notwendig sind. *

§ 139 * ...

§ 140 * ...

§ 141 * ...

210.100

§ 141a *...

§ 142 * ...

§ 143 *

¹ Der Regierungsrat trifft Anordnungen, damit in den Gemeinden die zur Führung der Einwohner- und Objektregister und der Liegenschaftsbeurkundung erforderlichen Kontrollen nach den Angaben der Grundbuchämter durchgeführt werden.

§ 144 * ...

§ 145

¹ Die Aufsicht über die Grundbuchämter führt der Regierungsrat (956–956b). Er erlässt darüber eine Verordnung. *

4.3.2.2. Grundbuchrecht

§ 146

¹ Auch die nicht im Privateigentum stehenden und die dem öffentlichen Gebrauche dienenden Grundstücke sind in das Grundbuch einzutragen (944).

² Für die Feststellung des Eigentümers sind die in diesem Gesetze enthaltenen Bestimmungen über das öffentliche Gut und das herrenlose Land massgebend.

§ 147 * ...

§ 148 * ...

§ 148a *

¹ Der Regierungsrat kann das öffentliche Bereinigungsverfahren (976c) einführen und regelt das Verfahren durch Verordnung. Er kann dabei gemäss Art. 976c Abs. 3 ZGB weitere Erleichterungen und Abweichungen vom Bundesrecht vorsehen.

5. Anwendungs- und Einführungsbestimmungen

5.1. Die Anwendung bisherigen und neuen Rechtes

5.1.1. Eheliches Güterrecht

§ 149 *

¹ Zuständige Behörde zur Entgegennahme von Erklärungen gemäss Art. 8b des Schlusstitels zum Zivilgesetzbuch ist das Departement des Innern ¹⁾.

§ 150 * ...

§ 151 * ...

§ 151a *

¹ Das auf den 31. Dezember 1987 abgeschlossene Güterrechtsregister (Art. 10e des Schlusstitels ZGB) und die Verzeichnisse gemäss Art. 9e Abs. 1 und 10b Abs. 1 des Schlusstitels zum Zivilgesetzbuch werden auf dem Handelsregisteramt aufbewahrt.

§ 151b *

¹ Zuständig zur Entgegennahme von Erklärungen gemäss Art. 20 Abs. 1 des Bundesgesetzes vom 25. Juni 1891 betreffend die zivilrechtlichen Verhältnisse der Niedergelassenen und Aufenthalter, Fassung gemäss Ziff. II/1 des Bundesgesetzes vom 5. Oktober 1984, in Kraft seit 1. Januar 1988, ist das Handelsregisteramt.

5.1.2. Sachenrecht

§ 152 * ...

§ 153

¹ Die bisherigen Pfand- und Kaufforderungstitel bleiben bestehen, ohne dass sie einer Neuausfertigung bedürfen.

² Soweit auf sie das neue Recht zur Anwendung kommt, unterstehen sie den Bestimmungen über die Grundpfandverschreibung (Art. 33 des Schlusstitels).

³ Ihre spätere Ersetzung durch Titel des neuen Rechtes bleibt einer Verordnung des Grossen Rates vorbehalten.

¹⁾ Heute: Departement Volkswirtschaft und Inneres

210.100

§ 154

¹ Vom 1. Januar 1912 hinweg bis zur Einführung des eigentlichen Grundbuches findet die Einräumung, Übertragung, Änderung oder Löschung dinglicher Rechte an Grundstücken nicht mehr durch Fertigung, sondern durch Eintragung in ein Interimregister statt, das vom Grundbuchführer gemeindeweise geführt wird.

² Die Eintragung erfolgt nach den Vorschriften des Zivilgesetzbuches mit sofortiger Grundbuchwirkung, aber noch ohne Grundbuchwirkung zu Gunsten gutgläubiger Dritter (Art. 48 des Schlusstitels).

§ 155

¹ Der Anlegung des Grundbuches hat die Bereinigung der bisherigen Fertigungsprotokolle voranzugehen. Dabei werden von Amtes wegen diejenigen Rechte in das Grundbuch und das Interimregister übertragen, die in der letzten zu Recht bestehenden Eigentums- oder Lastenfertigung enthalten und infolge der Bereinigung nicht weggefallen sind.

² Wenn sich in der letzten Fertigung noch Überbindungen laufender Ansprachen vorfinden, die auf Grund der bis 1. Juli 1887 in Geltung gewesenen §§ 519 und 520 des Aargauischen Bürgerlichen Gesetzbuches vorgenommen wurden, so erfolgt eine Übertragung dieser Ansprachen von Amtes wegen nicht mehr.

§ 156

¹ Die bisherigen Fertigungsbehörden sind dem Staat dafür verantwortlich, dass ihre Mitteilungen an den Grundbuchführer mit dem Fertigungsprotokoll übereinstimmen.

² Sollte das Fertigungsprotokoll selber unrichtig sein, so ist für ihr Verhältnis zu den beteiligten Parteien das bisherige Recht massgebend.

§ 157

¹ Die Grundbuchverwalter sind dem Staat verantwortlich für die Führung der Interimregister, die Durchführung der Bereinigung und die Anlegung des Grundbuches. Ihre Haftung ist dieselbe wie nachher für die Führung des Grundbuches (955 Abs. 2).

² Das Rückgriffsrecht für Schadenfälle, die vor Inkrafttreten des Haftungsgesetzes (HG) ¹⁾ vom 24. März 2009 eingetreten sind, richtet sich nach den §§ 12 ff. HG. *

§ 158

¹ Der Staat ist den Beteiligten für den Schaden verantwortlich, der ihnen aus der Führung der Interimregister entsteht.

¹⁾ SAR [150.200](#)

² Er ist ihnen auch verantwortlich für den Schaden, der durch Unrichtigkeiten in der Bereinigung der bisherigen Fertigungsprotokolle entsteht, jedoch nicht für den Schaden, der dadurch verursacht wird, dass beim öffentlichen Aufruf Rechte nicht angemeldet werden, deren Fortbestand durch die Eintragung im Grundbuch bedingt ist.

§ 159

¹ Die näheren Vorschriften über die Führung der Interimregister, über das bei der Bereinigung zu beobachtende Verfahren, über die Anlegung des Grundbuches und den Zeitpunkt seines Inkrafttretens erlässt der Grosse Rat.

§ 160 * ...

5.1.3. Andere Übergangsbestimmungen *

§ 160a *

¹ Für Gehölze in Baumschulen, die vor dem 1. Januar 2010 angepflanzt worden sind, beträgt der Grenzabstand (§ 88), ab Stockmitte gemessen, 60 cm.

§ 160b *

¹ Die Akten über bestehende Massnahmen und hängige Verfahren sind mit Inkrafttreten dieses Gesetzes unverzüglich der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde zu übergeben.

5.2. Änderung bisherigen Rechtes

5.2.1. Änderungen der Zivilprozessordnung

§ 161

¹ *Text im betreffenden Erlass eingefügt.*

§ 161a *

¹ Das Zivilrechtspflegegesetz (Zivilprozessordnung, ZPO) vom 18. Dezember 1984 ¹⁾ wird wie folgt geändert:

Text im betreffenden Erlass eingefügt.

¹⁾ AGS Bd. 12 S. 293, 503; Bd. 14 S. 371; 1997 S. 95, 357; 1999 S. 355; 2002 S. 378 (SAR [221.100](#))

5.2.2. *Änderung des Gesetzes über das Verfahren bei Verwaltungsstreitigkeiten vom 25. Juni 1841*

§ 162

¹ *Text im betreffenden Erlass eingefügt.*

5.2.3. *Änderung des Flurgesetzes vom 24. Oktober 1875*

§ 163

¹ *Text im betreffenden Erlass eingefügt.*

§ 164

¹ *Text im betreffenden Erlass eingefügt.*

5.2.4. *Änderung des Gesetzes betreffend die Folgen des Konkurses und der fruchtlosen Pfändung vom 28. Mai 1894*

§ 165

¹ *Text im betreffenden Erlass eingefügt.*

5.2.5. *Änderung des Einführungsgesetzes zum Schweizerischen Obligationenrecht vom 27. Dezember 1911 **

§ 165a *

¹ Das Einführungsgesetz zum Schweizerischen Obligationenrecht vom 27. Dezember 1911 ¹⁾ wird wie folgt geändert:

Text im betreffenden Erlass eingefügt.

5.3. *Aufhebung bisherigen Rechtes*

§ 166

¹ Mit dem Inkrafttreten des Schweizerischen Zivilgesetzbuches treten alle ihm entgegenstehenden zivilrechtlichen Bestimmungen der kantonalen Gesetzgebung ausser Kraft.

¹⁾ AGS Bd. 1 S. 662; Bd. 6 S. 276, 353; Bd. 10 S. 107; Bd. 12 S. 393; 2002 S. 387 (SAR [210.200](#))

§ 167

¹ Insbesondere treten mit 1. Januar 1912 ausser Kraft:

1. das Allgemeine Bürgerliche Gesetzbuch des Kantons Aargau,
2. das Gesetz vom 23. Mai 1867 zu teilweiser Abänderung des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches betreffend die Legitimation unehelicher Kinder,
3. das Gesetz vom 29. Wintermonat 1867 betreffend Abänderung der Bestimmungen des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches über Bevormundung wegen Verschwendung und Verbeiständung der Weibspersonen und die Vollziehungsverordnung hiezu vom 17. Heumonat 1868,
4. * die Vollziehungsverordnung zum eidgenössischen Zivilstandsgesetz vom 24. Christmonat 1874,
5. die zwei Gesetze vom 16. Wintermonat 1880 als Grundlage zu einer Hypothekarordnung,
6. das Gesetz über Aufstellung von Bauvorschriften für Erweiterung von Ortschaften vom 24. Hornung 1875,
7. die §§ 45 lit. a und 58 Abs. 2 des Forstgesetzes vom 29. Hornung 1860,
8. die Regierungsverordnung vom 21. Christmonat 1847 betreffend Versicherung des Frauengutes.

§ 168

¹ Durch nachfolgende Erlasse werden aufgehoben:

1. * die Notariatsordnung vom 8. Mai 1811 und die beiden Gesetze vom 5. Wintermonat 1849, soweit sie die Prüfung und die Beaufsichtigung der Notare betreffen, ferner die Verordnung über Prüfung der Fertigungsaktuare vom 11. Juli 1887, mit dem Inkrafttreten der in diesem Einführungsgesetz vorgesehenen grossrätlichen Verordnung betreffend Patentierung der Notare und der zur öffentlichen Beurkundung von Liegenschaftsverträgen berechtigten Gemeindeschreiber,
2. die Regierungsverordnung vom 16. Wintermonat 1846 betreffend Versiegelung, gerichtliche Vermögensverzeichnisse und erbschaftliche Schuldenrüfe mit dem Inkrafttreten der in diesem Einführungsgesetz vorgesehenen regierungsrätlichen Verordnung betreffend Siegelung und Inventare,
3. die Hypothekarordnung vom 1. März 1888, ferner die §§ 98–109 und 115 des Gemeindeorganisationsgesetzes vom 26. Wintermonat 1841 sowie die Bestimmung des Art. 47 lit. c der Staatsverfassung, wonach dem Gemeinderat das Fertigungs- und Hypothekarwesen zusteht, nach Massgabe der grossrätlichen Verordnung über die Einführung des Grundbuches.

5.4. Schlussbestimmung

§ 169

¹ Der Regierungsrat hat dieses Gesetz der Volksabstimmung zu unterbreiten und dem Bundesrat zur Genehmigung vorzulegen.

§ 170 *

¹ Der Regierungsrat regelt den Zeitpunkt und die Einzelheiten des Übergangs vom Papiergrundbuch zum EDV-Grundbuch.

Aarau, den 27. März 1911

Der Präsident des Grossen Rates
H. IRMIGER

Der Staatsschreiber
DR. SCHULTHESS

Inkrafttreten: 1. Januar 1912

Änderungstabelle - Nach Beschluss

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	AGS Fundstelle
09.07.1968	01.04.1969	§ 95	totalrevidiert	AGS Bd. 7 S. 219
09.07.1968	01.04.1969	§ 97	aufgehoben	AGS Bd. 7 S. 219
09.07.1968	01.04.1969	§ 98	aufgehoben	AGS Bd. 7 S. 219
09.07.1968	01.04.1969	§ 99	aufgehoben	AGS Bd. 7 S. 219
09.07.1968	01.04.1969	§ 100	aufgehoben	AGS Bd. 7 S. 219
09.07.1968	01.04.1969	§ 101	aufgehoben	AGS Bd. 7 S. 219
09.07.1968	01.04.1969	§ 102	aufgehoben	AGS Bd. 7 S. 219
02.02.1971	01.05.1972	§ 82 Abs. 2	aufgehoben	AGS Bd. 8 S. 196
02.02.1971	01.05.1972	§ 87	aufgehoben	AGS Bd. 8 S. 196
02.02.1971	01.05.1972	§ 93	aufgehoben	AGS Bd. 8 S. 196
02.02.1971	01.05.1972	§ 103	aufgehoben	AGS Bd. 8 S. 196
02.02.1971	01.05.1972	§ 104	aufgehoben	AGS Bd. 8 S. 196
02.02.1971	01.05.1972	§ 105	aufgehoben	AGS Bd. 8 S. 196
02.02.1971	01.05.1972	§ 106	aufgehoben	AGS Bd. 8 S. 196
02.02.1971	01.05.1972	§ 107	aufgehoben	AGS Bd. 8 S. 196
02.02.1971	01.05.1972	§ 108	aufgehoben	AGS Bd. 8 S. 196
02.02.1971	01.05.1972	§ 109	aufgehoben	AGS Bd. 8 S. 196
02.02.1971	01.05.1972	§ 110	aufgehoben	AGS Bd. 8 S. 196
02.02.1971	01.05.1972	§ 111	aufgehoben	AGS Bd. 8 S. 196
02.02.1971	01.05.1972	§ 112	aufgehoben	AGS Bd. 8 S. 196
02.02.1971	01.05.1972	§ 113	aufgehoben	AGS Bd. 8 S. 196
02.02.1971	01.05.1972	§ 114	aufgehoben	AGS Bd. 8 S. 196
02.02.1971	01.05.1972	§ 115	aufgehoben	AGS Bd. 8 S. 196
02.02.1971	01.05.1972	§ 116	aufgehoben	AGS Bd. 8 S. 196
02.02.1971	01.05.1972	§ 141	aufgehoben	AGS Bd. 8 S. 196
02.02.1971	01.05.1972	§ 152	aufgehoben	AGS Bd. 8 S. 196
27.09.1977	01.01.1978	§ 2 Abs. 2	geändert	AGS Bd. 9 S. 511
27.09.1977	01.01.1978	Titel 2.2.1.	geändert	AGS Bd. 9 S. 511
27.09.1977	01.01.1978	§ 46	totalrevidiert	AGS Bd. 9 S. 511
27.09.1977	01.01.1978	§ 47	totalrevidiert	AGS Bd. 9 S. 511
27.09.1977	01.01.1978	§ 49	totalrevidiert	AGS Bd. 9 S. 511
27.09.1977	01.01.1978	§ 50	totalrevidiert	AGS Bd. 9 S. 511
27.09.1977	01.01.1978	Titel 2.2.2.	eingefügt	AGS Bd. 9 S. 511
27.09.1977	01.01.1978	§ 51	totalrevidiert	AGS Bd. 9 S. 511
27.09.1977	01.01.1978	§ 52	totalrevidiert	AGS Bd. 9 S. 511
27.09.1977	01.01.1978	§ 53	totalrevidiert	AGS Bd. 9 S. 511
27.09.1977	01.01.1978	§ 55a	eingefügt	AGS Bd. 9 S. 511
27.09.1977	01.01.1978	§ 55b	eingefügt	AGS Bd. 9 S. 511
27.09.1977	01.01.1978	§ 55c	eingefügt	AGS Bd. 9 S. 511
19.12.1978	01.07.1981	§ 59	totalrevidiert	AGS Bd. 10 S. 201
28.10.1980	01.03.1981	§ 57 Abs. 2	aufgehoben	AGS Bd. 10 S. 305
28.10.1980	01.03.1981	Titel 2.3.1.	eingefügt	AGS Bd. 10 S. 305
28.10.1980	01.03.1981	Titel 2.3.2.	eingefügt	AGS Bd. 10 S. 305
28.10.1980	01.03.1981	§ 67a	eingefügt	AGS Bd. 10 S. 305
28.10.1980	01.03.1981	§ 67b	eingefügt	AGS Bd. 10 S. 305
28.10.1980	01.03.1981	§ 67c	eingefügt	AGS Bd. 10 S. 305
28.10.1980	01.03.1981	§ 67d	eingefügt	AGS Bd. 10 S. 305
28.10.1980	01.03.1981	§ 67e	eingefügt	AGS Bd. 10 S. 305
28.10.1980	01.03.1981	§ 67f	eingefügt	AGS Bd. 10 S. 305
28.10.1980	01.03.1981	§ 67g	eingefügt	AGS Bd. 10 S. 305
28.10.1980	01.03.1981	§ 67h	eingefügt	AGS Bd. 10 S. 305
28.10.1980	01.03.1981	§ 67i	eingefügt	AGS Bd. 10 S. 305
28.10.1980	01.03.1981	§ 67k	eingefügt	AGS Bd. 10 S. 305
28.10.1980	01.03.1981	§ 67l	eingefügt	AGS Bd. 10 S. 305
28.10.1980	01.03.1981	§ 67m	eingefügt	AGS Bd. 10 S. 305
28.10.1980	01.03.1981	§ 67n	eingefügt	AGS Bd. 10 S. 305
28.10.1980	01.03.1981	§ 67o	eingefügt	AGS Bd. 10 S. 305
28.10.1980	01.03.1981	§ 67p	eingefügt	AGS Bd. 10 S. 305
28.10.1980	01.03.1981	§ 67q	eingefügt	AGS Bd. 10 S. 305
28.10.1980	01.03.1981	§ 67r	eingefügt	AGS Bd. 10 S. 305
28.10.1980	01.03.1981	§ 67s	eingefügt	AGS Bd. 10 S. 305
11.11.1980	01.01.1982	§ 94 Abs. 1	geändert	AGS Bd. 10 S. 497

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	AGS Fundstelle
11.11.1980	01.01.1982	§ 96	aufgehoben	AGS Bd. 10 S. 496
02.03.1982	01.07.1983	§ 56 Abs. 2	aufgehoben	AGS Bd. 11 S. 27
18.09.1984	01.05.1985	§ 36	totalrevidiert	AGS Bd. 11 S. 479
18.12.1984	01.01.1988	Titel 1.1.1.	geändert	AGS Bd. 12 S. 390
18.12.1984	01.01.1988	§ 22	totalrevidiert	AGS Bd. 12 S. 390
18.12.1984	01.01.1988	Titel 1.1.1 ^{bis}	eingefügt	AGS Bd. 12 S. 390
18.12.1984	01.01.1988	§ 22 ^{bis}	eingefügt	AGS Bd. 12 S. 390
18.12.1984	01.01.1988	§ 54 Abs. 2	eingefügt	AGS Bd. 12 S. 390
18.12.1984	01.01.1988	§ 77 Abs. 2	geändert	AGS Bd. 12 S. 390
18.12.1984	01.01.1988	§ 78	aufgehoben	AGS Bd. 12 S. 390
18.12.1984	01.01.1988	§ 85	totalrevidiert	AGS Bd. 12 S. 390
18.12.1984	01.01.1988	§ 119	aufgehoben	AGS Bd. 12 S. 390
18.12.1984	01.01.1988	§ 124	totalrevidiert	AGS Bd. 12 S. 390
18.12.1984	01.01.1988	§ 135	totalrevidiert	AGS Bd. 12 S. 390
23.06.1987	01.01.1988	§ 42	totalrevidiert	AGS Bd. 12 S. 499
23.06.1987	01.01.1988	§ 42 ^{bis}	aufgehoben	AGS Bd. 12 S. 499
23.06.1987	01.01.1988	§ 44	totalrevidiert	AGS Bd. 12 S. 499
23.06.1987	01.01.1988	§ 45	aufgehoben	AGS Bd. 12 S. 499
23.06.1987	01.01.1988	§ 69	aufgehoben	AGS Bd. 12 S. 499
23.06.1987	01.01.1988	§ 149	totalrevidiert	AGS Bd. 12 S. 499
23.06.1987	01.01.1988	§ 150	totalrevidiert	AGS Bd. 12 S. 499
23.06.1987	01.01.1988	§ 151a	eingefügt	AGS Bd. 12 S. 499
23.06.1987	01.01.1988	§ 151b	eingefügt	AGS Bd. 12 S. 499
09.03.1999	01.08.1999	§ 2a	eingefügt	AGS 1999 S. 116
09.03.1999	01.08.1999	§ 136	totalrevidiert	AGS 1999 S. 116
09.03.1999	01.08.1999	§ 137	aufgehoben	AGS 1999 S. 116
09.03.1999	01.08.1999	§ 139	aufgehoben	AGS 1999 S. 116
09.03.1999	01.08.1999	§ 141a	totalrevidiert	AGS 1999 S. 116
09.03.1999	01.08.1999	§ 170	eingefügt	AGS 1999 S. 116
16.11.1999	03.12.1999	§ 67c ^{bis}	eingefügt	AGS 1999 S. 367
06.03.2001	01.01.2003	§ 54 Abs. 1	geändert	AGS 2002 S. 274
02.07.2002	01.01.2003	§ 37	totalrevidiert	AGS 2002 S. 386
02.07.2002	01.01.2003	§ 38	totalrevidiert	AGS 2002 S. 386
02.07.2002	01.01.2003	§ 59 Abs. 2	geändert	AGS 2002 S. 386
25.02.2003	01.09.2003	§ 2 Abs. 2, lit. e)	eingefügt	AGS 2003 S. 165
25.02.2003	01.09.2003	§ 21 Abs. 2	eingefügt	AGS 2003 S. 165
25.02.2003	01.09.2003	§ 22 ^{bis} Abs. 2	eingefügt	AGS 2003 S. 165
25.02.2003	01.09.2003	§ 25	totalrevidiert	AGS 2003 S. 165
25.02.2003	01.09.2003	Titel 1.1.2.	aufgehoben	AGS 2003 S. 165
25.02.2003	01.09.2003	§ 26	aufgehoben	AGS 2003 S. 165
25.02.2003	01.09.2003	§ 27	totalrevidiert	AGS 2003 S. 165
25.02.2003	01.09.2003	§ 28	totalrevidiert	AGS 2003 S. 165
25.02.2003	01.09.2003	§ 29	totalrevidiert	AGS 2003 S. 165
25.02.2003	01.09.2003	§ 30	totalrevidiert	AGS 2003 S. 165
25.02.2003	01.09.2003	§ 31	aufgehoben	AGS 2003 S. 165
25.02.2003	01.09.2003	§ 32	aufgehoben	AGS 2003 S. 165
25.02.2003	01.09.2003	§ 33	aufgehoben	AGS 2003 S. 165
25.02.2003	01.09.2003	§ 39	totalrevidiert	AGS 2003 S. 165
25.02.2003	01.09.2003	§ 41	aufgehoben	AGS 2003 S. 165
25.02.2003	01.09.2003	§ 42 Abs. 1, lit. 1.	aufgehoben	AGS 2003 S. 165
25.02.2003	01.09.2003	§ 42 Abs. 1, lit. 1 ^{bis} .	eingefügt	AGS 2003 S. 165
25.02.2003	01.09.2003	§ 42 Abs. 1, lit. 2.	geändert	AGS 2003 S. 165
25.02.2003	01.09.2003	§ 42 Abs. 1, lit. 3.	geändert	AGS 2003 S. 165
25.02.2003	01.09.2003	§ 42 Abs. 1, lit. 4.	geändert	AGS 2003 S. 165
25.02.2003	01.09.2003	§ 42a	totalrevidiert	AGS 2003 S. 165
25.02.2003	01.09.2003	§ 42b	eingefügt	AGS 2003 S. 165
25.02.2003	01.09.2003	§ 43 Abs. 1	aufgehoben	AGS 2003 S. 165
25.02.2003	01.09.2003	§ 43 Abs. 2	geändert	AGS 2003 S. 165
25.02.2003	01.09.2003	§ 47 Abs. 2	eingefügt	AGS 2003 S. 165
25.02.2003	01.09.2003	§ 48	totalrevidiert	AGS 2003 S. 165
25.02.2003	01.09.2003	§ 48a	eingefügt	AGS 2003 S. 165
25.02.2003	01.09.2003	§ 55	totalrevidiert	AGS 2003 S. 165
25.02.2003	01.09.2003	§ 55d	eingefügt	AGS 2003 S. 165
25.02.2003	01.09.2003	§ 58	aufgehoben	AGS 2003 S. 165
25.02.2003	01.09.2003	§ 64a	eingefügt	AGS 2003 S. 165
25.02.2003	01.09.2003	§ 66 Abs. 2	eingefügt	AGS 2003 S. 165
25.02.2003	01.09.2003	§ 68	aufgehoben	AGS 2003 S. 165

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	AGS Fundstelle
25.02.2003	01.09.2003	§ 72	totalrevidiert	AGS 2003 S. 165
25.02.2003	01.09.2003	§ 76a	eingefügt	AGS 2003 S. 165
25.02.2003	01.09.2003	§ 77 Abs. 1	geändert	AGS 2003 S. 165
25.02.2003	01.09.2003	§ 122	totalrevidiert	AGS 2003 S. 165
25.02.2003	01.09.2003	§ 147	totalrevidiert	AGS 2003 S. 165
25.02.2003	01.09.2003	§ 148	totalrevidiert	AGS 2003 S. 165
25.02.2003	01.09.2003	§ 150 Abs. 1, lit. 1.	geändert	AGS 2003 S. 165
25.02.2003	01.09.2003	§ 151	totalrevidiert	AGS 2003 S. 165
25.02.2003	01.09.2003	§ 161a	eingefügt	AGS 2003 S. 165
25.02.2003	01.09.2003	Titel 5.2.5.	eingefügt	AGS 2003 S. 165
25.02.2003	01.09.2003	§ 165a	eingefügt	AGS 2003 S. 165
02.05.2006	01.01.2007	§ 55e	eingefügt	AGS 2006 S. 130
20.03.2007	01.01.2008	Erlasstitel	geändert	AGS 2007 S. 318
20.03.2007	01.01.2008	§ 11	totalrevidiert	AGS 2007 S. 319
20.03.2007	01.01.2008	Titel 2.	geändert	AGS 2007 S. 319
20.03.2007	01.01.2008	Titel 2.1.	geändert	AGS 2007 S. 319
20.03.2007	01.01.2008	Titel 2.1.1.	geändert	AGS 2007 S. 319
20.03.2007	01.01.2008	Titel 2.1.2.	eingefügt	AGS 2007 S. 319
20.03.2007	01.01.2008	§ 45a	eingefügt	AGS 2007 S. 319
20.03.2007	01.01.2008	§ 45b	eingefügt	AGS 2007 S. 320
20.03.2007	01.01.2008	§ 45c	eingefügt	AGS 2007 S. 320
20.03.2007	01.01.2008	§ 45d	eingefügt	AGS 2007 S. 320
26.06.2007	01.01.2008	§ 141a Abs. 3	eingefügt	AGS 2007 S. 331
04.09.2007	01.09.2008	§ 84a	eingefügt	AGS 2008 S. 200
04.12.2007	01.01.2009	§ 134	totalrevidiert	AGS 2008 S. 377
11.03.2008	01.09.2008	§ 86	aufgehoben	AGS 2008 S. 222
11.11.2008	01.05.2009	§ 22a	eingefügt	AGS 2009 S. 47
18.11.2008	01.05.2009	§ 143	totalrevidiert	AGS 2009 S. 58
10.03.2009	01.01.2010	§ 88 Abs. 1	geändert	AGS 2009 S. 258
10.03.2009	01.01.2010	§ 88 Abs. 3	aufgehoben	AGS 2009 S. 258
10.03.2009	01.01.2010	§ 88 Abs. 4	geändert	AGS 2009 S. 258
10.03.2009	01.01.2010	§ 88 Abs. 6	eingefügt	AGS 2009 S. 258
10.03.2009	01.01.2010	§ 89	totalrevidiert	AGS 2009 S. 258
10.03.2009	01.01.2010	§ 91	totalrevidiert	AGS 2009 S. 258
10.03.2009	01.01.2010	Titel 5.1.3.	eingefügt	AGS 2009 S. 258
10.03.2009	01.01.2010	§ 160a	eingefügt	AGS 2009 S. 258
17.03.2009	01.01.2010	§ 117	totalrevidiert	AGS 2009 S. 272
31.03.2009	01.01.2010	§ 117a	eingefügt	AGS 2009 S. 302
16.03.2010	01.01.2013	§ 2 Abs. 2, lit. b)	aufgehoben	AGS 2010/5-3
16.03.2010	01.01.2013	§ 92 Abs. 1	geändert	AGS 2010/5-3
23.03.2010	01.01.2011	§ 1 Abs. 1	geändert	AGS 2010/5-7
23.03.2010	01.01.2011	§ 2 Abs. 2, lit. d)	geändert	AGS 2010/5-7
23.03.2010	01.01.2011	§ 20	aufgehoben	AGS 2010/5-7
23.03.2010	01.01.2011	§ 22	aufgehoben	AGS 2010/5-7
23.03.2010	01.01.2011	§ 22 ^{bis}	aufgehoben	AGS 2010/5-7
23.03.2010	01.01.2011	§ 25	aufgehoben	AGS 2010/5-7
23.03.2010	01.01.2011	§ 30	aufgehoben	AGS 2010/5-7
23.03.2010	01.01.2011	§ 34	aufgehoben	AGS 2010/5-7
23.03.2010	01.01.2011	§ 35 Abs. 1	aufgehoben	AGS 2010/5-7
23.03.2010	01.01.2011	§ 35 Abs. 2	geändert	AGS 2010/5-7
23.03.2010	01.01.2011	§ 39	aufgehoben	AGS 2010/5-7
23.03.2010	01.01.2011	§ 40	aufgehoben	AGS 2010/5-7
23.03.2010	01.01.2011	§ 42	aufgehoben	AGS 2010/5-7
23.03.2010	01.01.2011	§ 42a	aufgehoben	AGS 2010/5-7
23.03.2010	01.01.2011	§ 42b	aufgehoben	AGS 2010/5-7
23.03.2010	01.01.2011	§ 45a	aufgehoben	AGS 2010/5-7
23.03.2010	01.01.2011	§ 45c	aufgehoben	AGS 2010/5-7
23.03.2010	01.01.2011	§ 46	aufgehoben	AGS 2010/5-7
23.03.2010	01.01.2011	§ 51	aufgehoben	AGS 2010/5-7
23.03.2010	01.01.2011	§ 52	aufgehoben	AGS 2010/5-7
23.03.2010	01.01.2011	§ 53	aufgehoben	AGS 2010/5-7
23.03.2010	01.01.2011	§ 55	aufgehoben	AGS 2010/5-7
23.03.2010	01.01.2011	§ 55f	eingefügt	AGS 2010/5-7
23.03.2010	01.01.2011	§ 56 Abs. 1	aufgehoben	AGS 2010/5-7
23.03.2010	01.01.2011	§ 59 Abs. 2	geändert	AGS 2010/5-7
23.03.2010	01.01.2011	§ 62 Abs. 1	geändert	AGS 2010/5-7
23.03.2010	01.01.2011	§ 62 Abs. 1, lit. a)	aufgehoben	AGS 2010/5-7

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	AGS Fundstelle
23.03.2010	01.01.2011	§ 62 Abs. 1, lit. b)	aufgehoben	AGS 2010/5-7
23.03.2010	01.01.2011	§ 62 Abs. 2	eingefügt	AGS 2010/5-7
23.03.2010	01.01.2011	§ 67p Abs. 1	geändert	AGS 2010/5-7
23.03.2010	01.01.2011	§ 79	aufgehoben	AGS 2010/5-7
23.03.2010	01.01.2011	§ 80	aufgehoben	AGS 2010/5-7
23.03.2010	01.01.2011	§ 85	aufgehoben	AGS 2010/5-7
23.03.2010	01.01.2011	§ 120	aufgehoben	AGS 2010/5-7
23.03.2010	01.01.2011	§ 121	aufgehoben	AGS 2010/5-7
23.03.2010	01.01.2011	§ 122	aufgehoben	AGS 2010/5-7
23.03.2010	01.01.2011	§ 124	aufgehoben	AGS 2010/5-7
23.03.2010	01.01.2011	§ 129	aufgehoben	AGS 2010/5-7
23.03.2010	01.01.2011	§ 135	aufgehoben	AGS 2010/5-7
23.03.2010	01.01.2011	§ 147	aufgehoben	AGS 2010/5-7
23.03.2010	01.01.2011	§ 148	aufgehoben	AGS 2010/5-7
23.03.2010	01.01.2011	§ 150	aufgehoben	AGS 2010/5-7
23.03.2010	01.01.2011	§ 151	aufgehoben	AGS 2010/5-7
23.03.2010	01.01.2011	§ 167 Abs. 1, lit. 4.	geändert	AGS 2010/5-7
23.03.2010	01.01.2011	§ 168 Abs. 1, lit. 1.	geändert	AGS 2010/5-7
24.05.2011	01.01.2012	§ 125	aufgehoben	AGS 2011/6-7
24.05.2011	01.01.2012	§ 126	aufgehoben	AGS 2011/6-7
24.05.2011	01.01.2012	§ 127	aufgehoben	AGS 2011/6-7
24.05.2011	01.01.2012	§ 128	aufgehoben	AGS 2011/6-7
24.05.2011	01.01.2012	§ 130 Abs. 1	geändert	AGS 2011/6-7
24.05.2011	01.01.2012	§ 131	aufgehoben	AGS 2011/6-7
24.05.2011	24.05.2011	§ 138 Abs. 1	geändert	AGS 2011/3-35
24.05.2011	24.05.2011	§ 138 Abs. 1, lit. a)	eingefügt	AGS 2011/3-35
24.05.2011	24.05.2011	§ 138 Abs. 1, lit. b)	eingefügt	AGS 2011/3-35
24.05.2011	24.05.2011	§ 138 Abs. 1, lit. c)	eingefügt	AGS 2011/3-35
24.05.2011	24.05.2011	§ 138 Abs. 2	eingefügt	AGS 2011/3-35
24.05.2011	01.01.2012	§ 140	aufgehoben	AGS 2011/6-8
24.05.2011	01.01.2012	§ 141a	aufgehoben	AGS 2011/6-8
24.05.2011	01.01.2012	§ 144	aufgehoben	AGS 2011/6-7
24.05.2011	01.01.2012	§ 145 Abs. 1	geändert	AGS 2011/6-7
24.05.2011	01.01.2012	§ 148a	eingefügt	AGS 2011/6-7
24.05.2011	01.01.2012	§ 157 Abs. 2	eingefügt	AGS 2011/6-7
30.08.2011	01.01.2013	Titel 0.2.	aufgehoben	AGS 2012/4-1
30.08.2011	01.01.2013	§ 3	aufgehoben	AGS 2012/4-1
30.08.2011	01.01.2013	§ 4	aufgehoben	AGS 2012/4-1
30.08.2011	01.01.2013	§ 5	aufgehoben	AGS 2012/4-1
30.08.2011	01.01.2013	§ 6	aufgehoben	AGS 2012/4-1
30.08.2011	01.01.2013	§ 7	aufgehoben	AGS 2012/4-1
30.08.2011	01.01.2013	§ 8	aufgehoben	AGS 2012/4-1
30.08.2011	01.01.2013	§ 9	aufgehoben	AGS 2012/4-1
30.08.2011	01.01.2013	§ 10	aufgehoben	AGS 2012/4-1
30.08.2011	01.01.2013	§ 11	aufgehoben	AGS 2012/4-1
30.08.2011	01.01.2013	§ 12	aufgehoben	AGS 2012/4-1
30.08.2011	01.01.2013	§ 13	aufgehoben	AGS 2012/4-1
30.08.2011	01.01.2013	Titel 0.3.	aufgehoben	AGS 2012/4-1
30.08.2011	01.01.2013	§ 14	aufgehoben	AGS 2012/4-1
30.08.2011	01.01.2013	§ 15	aufgehoben	AGS 2012/4-1
30.08.2011	01.01.2013	§ 16	aufgehoben	AGS 2012/4-1
30.08.2011	01.01.2013	§ 17	aufgehoben	AGS 2012/4-1
30.08.2011	01.01.2013	§ 70	aufgehoben	AGS 2012/4-1
30.08.2011	01.01.2013	§ 142	aufgehoben	AGS 2012/4-1
30.08.2011	01.01.2013	§ 160	aufgehoben	AGS 2012/4-1
06.12.2011	01.01.2013	§ 2 Abs. 2, lit. a)	aufgehoben	AGS 2012/6-3
06.12.2011	01.01.2013	§ 2 Abs. 2, lit. c)	aufgehoben	AGS 2012/6-3
06.12.2011	01.01.2013	§ 2 Abs. 2, lit. d)	aufgehoben	AGS 2012/6-3
06.12.2011	01.01.2013	§ 54 Abs. 2	geändert	AGS 2012/6-3
06.12.2011	01.01.2013	§ 55a Abs. 1	geändert	AGS 2012/6-3
06.12.2011	01.01.2013	§ 55b	aufgehoben	AGS 2012/6-3
06.12.2011	01.01.2013	§ 55c	aufgehoben	AGS 2012/6-3
06.12.2011	01.01.2013	§ 55d	aufgehoben	AGS 2012/6-3
06.12.2011	01.01.2013	§ 55e Abs. 2	eingefügt	AGS 2012/6-3
06.12.2011	01.01.2013	§ 57 Abs. 1	geändert	AGS 2012/6-3
06.12.2011	01.01.2013	Titel 2.3.	geändert	AGS 2012/6-3
06.12.2011	01.01.2013	Titel 2.3.1.	geändert	AGS 2012/6-3

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	AGS Fundstelle
06.12.2011	01.01.2013	§ 59	Titel geändert	AGS 2012/6-3
06.12.2011	01.01.2013	§ 59 Abs. 1	geändert	AGS 2012/6-3
06.12.2011	01.01.2013	§ 59 Abs. 2	geändert	AGS 2012/6-3
06.12.2011	01.01.2013	§ 59 Abs. 3	aufgehoben	AGS 2012/6-3
06.12.2011	01.01.2013	§ 59 Abs. 4	aufgehoben	AGS 2012/6-3
06.12.2011	01.01.2013	§ 59 Abs. 5	aufgehoben	AGS 2012/6-3
06.12.2011	01.01.2013	§ 60	Titel geändert	AGS 2012/6-3
06.12.2011	01.01.2013	§ 60 Abs. 1	geändert	AGS 2012/6-3
06.12.2011	01.01.2013	§ 60 Abs. 1, lit. a)	eingefügt	AGS 2012/6-3
06.12.2011	01.01.2013	§ 60 Abs. 1, lit. b)	eingefügt	AGS 2012/6-3
06.12.2011	01.01.2013	§ 60 Abs. 1, lit. c)	eingefügt	AGS 2012/6-3
06.12.2011	01.01.2013	§ 60 Abs. 2	aufgehoben	AGS 2012/6-3
06.12.2011	01.01.2013	§ 60a	eingefügt	AGS 2012/6-3
06.12.2011	01.01.2013	Titel 2.3.1 ^{bb}	eingefügt	AGS 2012/6-3
06.12.2011	01.01.2013	§ 60b	eingefügt	AGS 2012/6-3
06.12.2011	01.01.2013	§ 60c	eingefügt	AGS 2012/6-3
06.12.2011	01.01.2013	§ 61	Titel geändert	AGS 2012/6-3
06.12.2011	01.01.2013	§ 61 Abs. 1	geändert	AGS 2012/6-3
06.12.2011	01.01.2013	§ 61 Abs. 2	geändert	AGS 2012/6-3
06.12.2011	01.01.2013	§ 61 Abs. 3	eingefügt	AGS 2012/6-3
06.12.2011	01.01.2013	§ 62	Titel geändert	AGS 2012/6-3
06.12.2011	01.01.2013	§ 62 Abs. 1	geändert	AGS 2012/6-3
06.12.2011	01.01.2013	§ 62 Abs. 1, lit. c)	eingefügt	AGS 2012/6-3
06.12.2011	01.01.2013	§ 62 Abs. 1, lit. d)	eingefügt	AGS 2012/6-3
06.12.2011	01.01.2013	§ 62 Abs. 1, lit. e)	eingefügt	AGS 2012/6-3
06.12.2011	01.01.2013	§ 62 Abs. 1, lit. f)	eingefügt	AGS 2012/6-3
06.12.2011	01.01.2013	§ 62 Abs. 2	aufgehoben	AGS 2012/6-3
06.12.2011	01.01.2013	§ 62a	eingefügt	AGS 2012/6-3
06.12.2011	01.01.2013	§ 62b	eingefügt	AGS 2012/6-3
06.12.2011	01.01.2013	§ 63	Titel geändert	AGS 2012/6-3
06.12.2011	01.01.2013	§ 63 Abs. 1	geändert	AGS 2012/6-3
06.12.2011	01.01.2013	§ 63 Abs. 2	eingefügt	AGS 2012/6-3
06.12.2011	01.01.2013	§ 63 Abs. 3	eingefügt	AGS 2012/6-3
06.12.2011	01.01.2013	§ 63 Abs. 4	eingefügt	AGS 2012/6-3
06.12.2011	01.01.2013	§ 64	Titel geändert	AGS 2012/6-3
06.12.2011	01.01.2013	§ 64 Abs. 1	geändert	AGS 2012/6-3
06.12.2011	01.01.2013	§ 64 Abs. 2	eingefügt	AGS 2012/6-3
06.12.2011	01.01.2013	§ 64 Abs. 3	eingefügt	AGS 2012/6-3
06.12.2011	01.01.2013	§ 64 Abs. 4	eingefügt	AGS 2012/6-3
06.12.2011	01.01.2013	§ 64a	Titel geändert	AGS 2012/6-3
06.12.2011	01.01.2013	§ 64a Abs. 1	geändert	AGS 2012/6-3
06.12.2011	01.01.2013	§ 64b	eingefügt	AGS 2012/6-3
06.12.2011	01.01.2013	§ 65	Titel geändert	AGS 2012/6-3
06.12.2011	01.01.2013	§ 65 Abs. 1	geändert	AGS 2012/6-3
06.12.2011	01.01.2013	§ 65a	eingefügt	AGS 2012/6-3
06.12.2011	01.01.2013	§ 65b	eingefügt	AGS 2012/6-3
06.12.2011	01.01.2013	§ 65c	eingefügt	AGS 2012/6-3
06.12.2011	01.01.2013	§ 65d	eingefügt	AGS 2012/6-3
06.12.2011	01.01.2013	Titel 2.3.1 ^{cc}	eingefügt	AGS 2012/6-3
06.12.2011	01.01.2013	§ 66	Titel geändert	AGS 2012/6-3
06.12.2011	01.01.2013	§ 66 Abs. 1	geändert	AGS 2012/6-3
06.12.2011	01.01.2013	§ 66 Abs. 2	geändert	AGS 2012/6-3
06.12.2011	01.01.2013	§ 67	Titel geändert	AGS 2012/6-3
06.12.2011	01.01.2013	§ 67 Abs. 1	geändert	AGS 2012/6-3
06.12.2011	01.01.2013	§ 67 Abs. 2	geändert	AGS 2012/6-3
06.12.2011	01.01.2013	§ 67 Abs. 3	eingefügt	AGS 2012/6-3
06.12.2011	01.01.2013	§ 67 Abs. 4	eingefügt	AGS 2012/6-3
06.12.2011	01.01.2013	§ 67 Abs. 5	eingefügt	AGS 2012/6-3
06.12.2011	01.01.2013	Titel 2.3.2.	geändert	AGS 2012/6-3
06.12.2011	01.01.2013	§ 67a	Titel geändert	AGS 2012/6-3
06.12.2011	01.01.2013	§ 67a Abs. 1	geändert	AGS 2012/6-3
06.12.2011	01.01.2013	§ 67a Abs. 2	eingefügt	AGS 2012/6-3
06.12.2011	01.01.2013	§ 67b	Titel geändert	AGS 2012/6-3
06.12.2011	01.01.2013	§ 67b Abs. 1	geändert	AGS 2012/6-3
06.12.2011	01.01.2013	§ 67b Abs. 1, lit. a)	aufgehoben	AGS 2012/6-3
06.12.2011	01.01.2013	§ 67b Abs. 1, lit. b)	aufgehoben	AGS 2012/6-3
06.12.2011	01.01.2013	§ 67b Abs. 2	aufgehoben	AGS 2012/6-3

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	AGS Fundstelle
06.12.2011	01.01.2013	Titel 2.3.3.	eingefügt	AGS 2012/6-3
06.12.2011	01.01.2013	§ 67s	Titel geändert	AGS 2012/6-3
06.12.2011	01.01.2013	§ 67s Abs. 1	geändert	AGS 2012/6-3
06.12.2011	01.01.2013	§ 67s Abs. 2	geändert	AGS 2012/6-3
06.12.2011	01.01.2013	§ 67t	eingefügt	AGS 2012/6-3
06.12.2011	01.01.2013	§ 67u	eingefügt	AGS 2012/6-3
06.12.2011	01.01.2013	§ 74 Abs. 1	geändert	AGS 2012/6-3
06.12.2011	01.01.2013	§ 74 Abs. 3	geändert	AGS 2012/6-3
06.12.2011	01.01.2013	§ 160b	eingefügt	AGS 2012/6-3

Änderungstabelle - Nach Paragraph

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	AGS Fundstelle
Erlasstitel	20.03.2007	01.01.2008	geändert	AGS 2007 S. 318
§ 1 Abs. 1	23.03.2010	01.01.2011	geändert	AGS 2010/5-7
§ 2 Abs. 2	27.09.1977	01.01.1978	geändert	AGS Bd. 9 S. 511
§ 2 Abs. 2, lit. a)	06.12.2011	01.01.2013	aufgehoben	AGS 2012/6-3
§ 2 Abs. 2, lit. b)	16.03.2010	01.01.2013	aufgehoben	AGS 2010/5-3
§ 2 Abs. 2, lit. c)	06.12.2011	01.01.2013	aufgehoben	AGS 2012/6-3
§ 2 Abs. 2, lit. d)	23.03.2010	01.01.2011	geändert	AGS 2010/5-7
§ 2 Abs. 2, lit. d)	06.12.2011	01.01.2013	aufgehoben	AGS 2012/6-3
§ 2 Abs. 2, lit. e)	25.02.2003	01.09.2003	eingefügt	AGS 2003 S. 165
§ 2a	09.03.1999	01.08.1999	eingefügt	AGS 1999 S. 116
Titel 0.2.	30.08.2011	01.01.2013	aufgehoben	AGS 2012/4-1
§ 3	30.08.2011	01.01.2013	aufgehoben	AGS 2012/4-1
§ 4	30.08.2011	01.01.2013	aufgehoben	AGS 2012/4-1
§ 5	30.08.2011	01.01.2013	aufgehoben	AGS 2012/4-1
§ 6	30.08.2011	01.01.2013	aufgehoben	AGS 2012/4-1
§ 7	30.08.2011	01.01.2013	aufgehoben	AGS 2012/4-1
§ 8	30.08.2011	01.01.2013	aufgehoben	AGS 2012/4-1
§ 9	30.08.2011	01.01.2013	aufgehoben	AGS 2012/4-1
§ 10	30.08.2011	01.01.2013	aufgehoben	AGS 2012/4-1
§ 11	20.03.2007	01.01.2008	totalrevidiert	AGS 2007 S. 319
§ 11	30.08.2011	01.01.2013	aufgehoben	AGS 2012/4-1
§ 12	30.08.2011	01.01.2013	aufgehoben	AGS 2012/4-1
§ 13	30.08.2011	01.01.2013	aufgehoben	AGS 2012/4-1
Titel 0.3.	30.08.2011	01.01.2013	aufgehoben	AGS 2012/4-1
§ 14	30.08.2011	01.01.2013	aufgehoben	AGS 2012/4-1
§ 15	30.08.2011	01.01.2013	aufgehoben	AGS 2012/4-1
§ 16	30.08.2011	01.01.2013	aufgehoben	AGS 2012/4-1
§ 17	30.08.2011	01.01.2013	aufgehoben	AGS 2012/4-1
§ 20	23.03.2010	01.01.2011	aufgehoben	AGS 2010/5-7
§ 21 Abs. 2	25.02.2003	01.09.2003	eingefügt	AGS 2003 S. 165
Titel 1.1.1.	18.12.1984	01.01.1988	geändert	AGS Bd. 12 S. 390
§ 22	18.12.1984	01.01.1988	totalrevidiert	AGS Bd. 12 S. 390
§ 22	23.03.2010	01.01.2011	aufgehoben	AGS 2010/5-7
§ 22a	11.11.2008	01.05.2009	eingefügt	AGS 2009 S. 47
Titel 1.1.1 ^{hm} .	18.12.1984	01.01.1988	eingefügt	AGS Bd. 12 S. 390
§ 22 ^{hm}	18.12.1984	01.01.1988	eingefügt	AGS Bd. 12 S. 390
§ 22 ^{hm}	23.03.2010	01.01.2011	aufgehoben	AGS 2010/5-7
§ 22 ^{hm} Abs. 2	25.02.2003	01.09.2003	eingefügt	AGS 2003 S. 165
§ 25	25.02.2003	01.09.2003	totalrevidiert	AGS 2003 S. 165
§ 25	23.03.2010	01.01.2011	aufgehoben	AGS 2010/5-7
Titel 1.1.2.	25.02.2003	01.09.2003	aufgehoben	AGS 2003 S. 165
§ 26	25.02.2003	01.09.2003	aufgehoben	AGS 2003 S. 165
§ 27	25.02.2003	01.09.2003	totalrevidiert	AGS 2003 S. 165
§ 28	25.02.2003	01.09.2003	totalrevidiert	AGS 2003 S. 165
§ 29	25.02.2003	01.09.2003	totalrevidiert	AGS 2003 S. 165
§ 30	25.02.2003	01.09.2003	totalrevidiert	AGS 2003 S. 165
§ 30	23.03.2010	01.01.2011	aufgehoben	AGS 2010/5-7
§ 31	25.02.2003	01.09.2003	aufgehoben	AGS 2003 S. 165
§ 32	25.02.2003	01.09.2003	aufgehoben	AGS 2003 S. 165
§ 33	25.02.2003	01.09.2003	aufgehoben	AGS 2003 S. 165
§ 34	23.03.2010	01.01.2011	aufgehoben	AGS 2010/5-7
§ 35 Abs. 1	23.03.2010	01.01.2011	aufgehoben	AGS 2010/5-7
§ 35 Abs. 2	23.03.2010	01.01.2011	geändert	AGS 2010/5-7
§ 36	18.09.1984	01.05.1985	totalrevidiert	AGS Bd. 11 S. 479
§ 37	02.07.2002	01.01.2003	totalrevidiert	AGS 2002 S. 386
§ 38	02.07.2002	01.01.2003	totalrevidiert	AGS 2002 S. 386
§ 39	25.02.2003	01.09.2003	totalrevidiert	AGS 2003 S. 165
§ 39	23.03.2010	01.01.2011	aufgehoben	AGS 2010/5-7
Titel 2.	20.03.2007	01.01.2008	geändert	AGS 2007 S. 319
Titel 2.1.	20.03.2007	01.01.2008	geändert	AGS 2007 S. 319
Titel 2.1.1.	20.03.2007	01.01.2008	geändert	AGS 2007 S. 319
§ 40	23.03.2010	01.01.2011	aufgehoben	AGS 2010/5-7

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	AGS Fundstelle
§ 41	25.02.2003	01.09.2003	aufgehoben	AGS 2003 S. 165
§ 42	23.06.1987	01.01.1988	totalrevidiert	AGS Bd. 12 S. 499
§ 42	23.03.2010	01.01.2011	aufgehoben	AGS 2010/5-7
§ 42 Abs. 1, lit. 1.	25.02.2003	01.09.2003	aufgehoben	AGS 2003 S. 165
§ 42 Abs. 1, lit. 1 ^{bis} .	25.02.2003	01.09.2003	eingefügt	AGS 2003 S. 165
§ 42 Abs. 1, lit. 2.	25.02.2003	01.09.2003	geändert	AGS 2003 S. 165
§ 42 Abs. 1, lit. 3.	25.02.2003	01.09.2003	geändert	AGS 2003 S. 165
§ 42 Abs. 1, lit. 4.	25.02.2003	01.09.2003	geändert	AGS 2003 S. 165
§ 42 ^{bis}	23.06.1987	01.01.1988	aufgehoben	AGS Bd. 12 S. 499
§ 42a	25.02.2003	01.09.2003	totalrevidiert	AGS 2003 S. 165
§ 42a	23.03.2010	01.01.2011	aufgehoben	AGS 2010/5-7
§ 42b	25.02.2003	01.09.2003	eingefügt	AGS 2003 S. 165
§ 42b	23.03.2010	01.01.2011	aufgehoben	AGS 2010/5-7
§ 43 Abs. 1	25.02.2003	01.09.2003	aufgehoben	AGS 2003 S. 165
§ 43 Abs. 2	25.02.2003	01.09.2003	geändert	AGS 2003 S. 165
§ 44	23.06.1987	01.01.1988	totalrevidiert	AGS Bd. 12 S. 499
§ 45	23.06.1987	01.01.1988	aufgehoben	AGS Bd. 12 S. 499
Titel 2.1.2.	20.03.2007	01.01.2008	eingefügt	AGS 2007 S. 319
§ 45a	20.03.2007	01.01.2008	eingefügt	AGS 2007 S. 319
§ 45a	23.03.2010	01.01.2011	aufgehoben	AGS 2010/5-7
§ 45b	20.03.2007	01.01.2008	eingefügt	AGS 2007 S. 320
§ 45c	20.03.2007	01.01.2008	eingefügt	AGS 2007 S. 320
§ 45c	23.03.2010	01.01.2011	aufgehoben	AGS 2010/5-7
§ 45d	20.03.2007	01.01.2008	eingefügt	AGS 2007 S. 320
Titel 2.2.1.	27.09.1977	01.01.1978	geändert	AGS Bd. 9 S. 511
§ 46	27.09.1977	01.01.1978	totalrevidiert	AGS Bd. 9 S. 511
§ 46	23.03.2010	01.01.2011	aufgehoben	AGS 2010/5-7
§ 47	27.09.1977	01.01.1978	totalrevidiert	AGS Bd. 9 S. 511
§ 47 Abs. 2	25.02.2003	01.09.2003	eingefügt	AGS 2003 S. 165
§ 48	25.02.2003	01.09.2003	totalrevidiert	AGS 2003 S. 165
§ 48a	25.02.2003	01.09.2003	eingefügt	AGS 2003 S. 165
§ 49	27.09.1977	01.01.1978	totalrevidiert	AGS Bd. 9 S. 511
§ 50	27.09.1977	01.01.1978	totalrevidiert	AGS Bd. 9 S. 511
Titel 2.2.2.	27.09.1977	01.01.1978	eingefügt	AGS Bd. 9 S. 511
§ 51	27.09.1977	01.01.1978	totalrevidiert	AGS Bd. 9 S. 511
§ 51	23.03.2010	01.01.2011	aufgehoben	AGS 2010/5-7
§ 52	27.09.1977	01.01.1978	totalrevidiert	AGS Bd. 9 S. 511
§ 52	23.03.2010	01.01.2011	aufgehoben	AGS 2010/5-7
§ 53	27.09.1977	01.01.1978	totalrevidiert	AGS Bd. 9 S. 511
§ 53	23.03.2010	01.01.2011	aufgehoben	AGS 2010/5-7
§ 54 Abs. 1	06.03.2001	01.01.2003	geändert	AGS 2002 S. 274
§ 54 Abs. 2	18.12.1984	01.01.1988	eingefügt	AGS Bd. 12 S. 390
§ 54 Abs. 2	06.12.2011	01.01.2013	geändert	AGS 2012/6-3
§ 55	25.02.2003	01.09.2003	totalrevidiert	AGS 2003 S. 165
§ 55	23.03.2010	01.01.2011	aufgehoben	AGS 2010/5-7
§ 55a	27.09.1977	01.01.1978	eingefügt	AGS Bd. 9 S. 511
§ 55a Abs. 1	06.12.2011	01.01.2013	geändert	AGS 2012/6-3
§ 55b	27.09.1977	01.01.1978	eingefügt	AGS Bd. 9 S. 511
§ 55b	06.12.2011	01.01.2013	aufgehoben	AGS 2012/6-3
§ 55c	27.09.1977	01.01.1978	eingefügt	AGS Bd. 9 S. 511
§ 55c	06.12.2011	01.01.2013	aufgehoben	AGS 2012/6-3
§ 55d	25.02.2003	01.09.2003	eingefügt	AGS 2003 S. 165
§ 55d	06.12.2011	01.01.2013	aufgehoben	AGS 2012/6-3
§ 55e	02.05.2006	01.01.2007	eingefügt	AGS 2006 S. 130
§ 55e Abs. 2	06.12.2011	01.01.2013	eingefügt	AGS 2012/6-3
§ 55f	23.03.2010	01.01.2011	eingefügt	AGS 2010/5-7
§ 56 Abs. 1	23.03.2010	01.01.2011	aufgehoben	AGS 2010/5-7
§ 56 Abs. 2	02.03.1982	01.07.1983	aufgehoben	AGS Bd. 11 S. 27
§ 57 Abs. 1	06.12.2011	01.01.2013	geändert	AGS 2012/6-3
§ 57 Abs. 2	28.10.1980	01.03.1981	aufgehoben	AGS Bd. 10 S. 305
§ 58	25.02.2003	01.09.2003	aufgehoben	AGS 2003 S. 165
Titel 2.3.	06.12.2011	01.01.2013	geändert	AGS 2012/6-3
Titel 2.3.1.	28.10.1980	01.03.1981	eingefügt	AGS Bd. 10 S. 305
Titel 2.3.1.	06.12.2011	01.01.2013	geändert	AGS 2012/6-3
§ 59	19.12.1978	01.07.1981	totalrevidiert	AGS Bd. 10 S. 201
§ 59	06.12.2011	01.01.2013	Titel geändert	AGS 2012/6-3
§ 59 Abs. 1	06.12.2011	01.01.2013	geändert	AGS 2012/6-3

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	AGS Fundstelle
§ 59 Abs. 2	02.07.2002	01.01.2003	geändert	AGS 2002 S. 386
§ 59 Abs. 2	23.03.2010	01.01.2011	geändert	AGS 2010/5-7
§ 59 Abs. 2	06.12.2011	01.01.2013	geändert	AGS 2012/6-3
§ 59 Abs. 3	06.12.2011	01.01.2013	aufgehoben	AGS 2012/6-3
§ 59 Abs. 4	06.12.2011	01.01.2013	aufgehoben	AGS 2012/6-3
§ 59 Abs. 5	06.12.2011	01.01.2013	aufgehoben	AGS 2012/6-3
§ 60	06.12.2011	01.01.2013	Titel geändert	AGS 2012/6-3
§ 60 Abs. 1	06.12.2011	01.01.2013	geändert	AGS 2012/6-3
§ 60 Abs. 1, lit. a)	06.12.2011	01.01.2013	eingefügt	AGS 2012/6-3
§ 60 Abs. 1, lit. b)	06.12.2011	01.01.2013	eingefügt	AGS 2012/6-3
§ 60 Abs. 1, lit. c)	06.12.2011	01.01.2013	eingefügt	AGS 2012/6-3
§ 60 Abs. 2	06.12.2011	01.01.2013	aufgehoben	AGS 2012/6-3
§ 60a	06.12.2011	01.01.2013	eingefügt	AGS 2012/6-3
Titel 2.3.1 ^{bis}	06.12.2011	01.01.2013	eingefügt	AGS 2012/6-3
§ 60b	06.12.2011	01.01.2013	eingefügt	AGS 2012/6-3
§ 60c	06.12.2011	01.01.2013	eingefügt	AGS 2012/6-3
§ 61	06.12.2011	01.01.2013	Titel geändert	AGS 2012/6-3
§ 61 Abs. 1	06.12.2011	01.01.2013	geändert	AGS 2012/6-3
§ 61 Abs. 2	06.12.2011	01.01.2013	geändert	AGS 2012/6-3
§ 61 Abs. 3	06.12.2011	01.01.2013	eingefügt	AGS 2012/6-3
§ 62	06.12.2011	01.01.2013	Titel geändert	AGS 2012/6-3
§ 62 Abs. 1	23.03.2010	01.01.2011	geändert	AGS 2010/5-7
§ 62 Abs. 1	06.12.2011	01.01.2013	geändert	AGS 2012/6-3
§ 62 Abs. 1, lit. a)	23.03.2010	01.01.2011	aufgehoben	AGS 2010/5-7
§ 62 Abs. 1, lit. b)	23.03.2010	01.01.2011	aufgehoben	AGS 2010/5-7
§ 62 Abs. 1, lit. c)	06.12.2011	01.01.2013	eingefügt	AGS 2012/6-3
§ 62 Abs. 1, lit. d)	06.12.2011	01.01.2013	eingefügt	AGS 2012/6-3
§ 62 Abs. 1, lit. e)	06.12.2011	01.01.2013	eingefügt	AGS 2012/6-3
§ 62 Abs. 1, lit. f)	06.12.2011	01.01.2013	eingefügt	AGS 2012/6-3
§ 62 Abs. 2	23.03.2010	01.01.2011	eingefügt	AGS 2010/5-7
§ 62 Abs. 2	06.12.2011	01.01.2013	aufgehoben	AGS 2012/6-3
§ 62a	06.12.2011	01.01.2013	eingefügt	AGS 2012/6-3
§ 62b	06.12.2011	01.01.2013	eingefügt	AGS 2012/6-3
§ 63	06.12.2011	01.01.2013	Titel geändert	AGS 2012/6-3
§ 63 Abs. 1	06.12.2011	01.01.2013	geändert	AGS 2012/6-3
§ 63 Abs. 2	06.12.2011	01.01.2013	eingefügt	AGS 2012/6-3
§ 63 Abs. 3	06.12.2011	01.01.2013	eingefügt	AGS 2012/6-3
§ 63 Abs. 4	06.12.2011	01.01.2013	eingefügt	AGS 2012/6-3
§ 64	06.12.2011	01.01.2013	Titel geändert	AGS 2012/6-3
§ 64 Abs. 1	06.12.2011	01.01.2013	geändert	AGS 2012/6-3
§ 64 Abs. 2	06.12.2011	01.01.2013	eingefügt	AGS 2012/6-3
§ 64 Abs. 3	06.12.2011	01.01.2013	eingefügt	AGS 2012/6-3
§ 64 Abs. 4	06.12.2011	01.01.2013	eingefügt	AGS 2012/6-3
§ 64a	25.02.2003	01.09.2003	eingefügt	AGS 2003 S. 165
§ 64a	06.12.2011	01.01.2013	Titel geändert	AGS 2012/6-3
§ 64a Abs. 1	06.12.2011	01.01.2013	geändert	AGS 2012/6-3
§ 64b	06.12.2011	01.01.2013	eingefügt	AGS 2012/6-3
§ 65	06.12.2011	01.01.2013	Titel geändert	AGS 2012/6-3
§ 65 Abs. 1	06.12.2011	01.01.2013	geändert	AGS 2012/6-3
§ 65a	06.12.2011	01.01.2013	eingefügt	AGS 2012/6-3
§ 65b	06.12.2011	01.01.2013	eingefügt	AGS 2012/6-3
§ 65c	06.12.2011	01.01.2013	eingefügt	AGS 2012/6-3
§ 65d	06.12.2011	01.01.2013	eingefügt	AGS 2012/6-3
Titel 2.3.1 ^{ter}	06.12.2011	01.01.2013	eingefügt	AGS 2012/6-3
§ 66	06.12.2011	01.01.2013	Titel geändert	AGS 2012/6-3
§ 66 Abs. 1	06.12.2011	01.01.2013	geändert	AGS 2012/6-3
§ 66 Abs. 2	25.02.2003	01.09.2003	eingefügt	AGS 2003 S. 165
§ 66 Abs. 2	06.12.2011	01.01.2013	geändert	AGS 2012/6-3
§ 67	06.12.2011	01.01.2013	Titel geändert	AGS 2012/6-3
§ 67 Abs. 1	06.12.2011	01.01.2013	geändert	AGS 2012/6-3
§ 67 Abs. 2	06.12.2011	01.01.2013	geändert	AGS 2012/6-3
§ 67 Abs. 3	06.12.2011	01.01.2013	eingefügt	AGS 2012/6-3
§ 67 Abs. 4	06.12.2011	01.01.2013	eingefügt	AGS 2012/6-3
§ 67 Abs. 5	06.12.2011	01.01.2013	eingefügt	AGS 2012/6-3
Titel 2.3.2.	28.10.1980	01.03.1981	eingefügt	AGS Bd. 10 S. 305
Titel 2.3.2.	06.12.2011	01.01.2013	geändert	AGS 2012/6-3
§ 67a	28.10.1980	01.03.1981	eingefügt	AGS Bd. 10 S. 305

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	AGS Fundstelle
§ 67a	06.12.2011	01.01.2013	Titel geändert	AGS 2012/6-3
§ 67a Abs. 1	06.12.2011	01.01.2013	geändert	AGS 2012/6-3
§ 67a Abs. 2	06.12.2011	01.01.2013	eingefügt	AGS 2012/6-3
§ 67b	28.10.1980	01.03.1981	eingefügt	AGS Bd. 10 S. 305
§ 67b	06.12.2011	01.01.2013	Titel geändert	AGS 2012/6-3
§ 67b Abs. 1	06.12.2011	01.01.2013	geändert	AGS 2012/6-3
§ 67b Abs. 1, lit. a)	06.12.2011	01.01.2013	aufgehoben	AGS 2012/6-3
§ 67b Abs. 1, lit. b)	06.12.2011	01.01.2013	aufgehoben	AGS 2012/6-3
§ 67b Abs. 2	06.12.2011	01.01.2013	aufgehoben	AGS 2012/6-3
§ 67c	28.10.1980	01.03.1981	eingefügt	AGS Bd. 10 S. 305
§ 67c	06.12.2011	01.01.2013	Titel geändert	AGS 2012/6-3
§ 67c Abs. 1	06.12.2011	01.01.2013	geändert	AGS 2012/6-3
§ 67c Abs. 2	06.12.2011	01.01.2013	eingefügt	AGS 2012/6-3
§ 67d	28.10.1980	01.03.1981	eingefügt	AGS Bd. 10 S. 305
§ 67d	06.12.2011	01.01.2013	Titel geändert	AGS 2012/6-3
§ 67d Abs. 1	06.12.2011	01.01.2013	geändert	AGS 2012/6-3
§ 67d Abs. 2	06.12.2011	01.01.2013	geändert	AGS 2012/6-3
§ 67d Abs. 3	06.12.2011	01.01.2013	geändert	AGS 2012/6-3
§ 67d Abs. 4	06.12.2011	01.01.2013	eingefügt	AGS 2012/6-3
§ 67e	28.10.1980	01.03.1981	eingefügt	AGS Bd. 10 S. 305
§ 67e	06.12.2011	01.01.2013	Titel geändert	AGS 2012/6-3
§ 67e Abs. 1	06.12.2011	01.01.2013	geändert	AGS 2012/6-3
§ 67e ^{bis}	16.11.1999	03.12.1999	eingefügt	AGS 1999 S. 367
§ 67e ^{ter}	06.12.2011	01.01.2013	aufgehoben	AGS 2012/6-3
§ 67f	28.10.1980	01.03.1981	eingefügt	AGS Bd. 10 S. 305
§ 67f	06.12.2011	01.01.2013	aufgehoben	AGS 2012/6-3
§ 67g	28.10.1980	01.03.1981	eingefügt	AGS Bd. 10 S. 305
§ 67g	06.12.2011	01.01.2013	Titel geändert	AGS 2012/6-3
§ 67g Abs. 1	06.12.2011	01.01.2013	geändert	AGS 2012/6-3
§ 67g Abs. 2	06.12.2011	01.01.2013	geändert	AGS 2012/6-3
§ 67g Abs. 3	06.12.2011	01.01.2013	aufgehoben	AGS 2012/6-3
§ 67h	28.10.1980	01.03.1981	eingefügt	AGS Bd. 10 S. 305
§ 67h	06.12.2011	01.01.2013	Titel geändert	AGS 2012/6-3
§ 67h Abs. 1	06.12.2011	01.01.2013	geändert	AGS 2012/6-3
§ 67h Abs. 2	06.12.2011	01.01.2013	geändert	AGS 2012/6-3
§ 67h Abs. 3	06.12.2011	01.01.2013	eingefügt	AGS 2012/6-3
§ 67i	28.10.1980	01.03.1981	eingefügt	AGS Bd. 10 S. 305
§ 67i	06.12.2011	01.01.2013	Titel geändert	AGS 2012/6-3
§ 67i Abs. 1	06.12.2011	01.01.2013	geändert	AGS 2012/6-3
§ 67i Abs. 2	06.12.2011	01.01.2013	eingefügt	AGS 2012/6-3
§ 67i Abs. 3	06.12.2011	01.01.2013	eingefügt	AGS 2012/6-3
§ 67i Abs. 4	06.12.2011	01.01.2013	eingefügt	AGS 2012/6-3
§ 67k	28.10.1980	01.03.1981	eingefügt	AGS Bd. 10 S. 305
§ 67k	06.12.2011	01.01.2013	Titel geändert	AGS 2012/6-3
§ 67k Abs. 1	06.12.2011	01.01.2013	geändert	AGS 2012/6-3
§ 67k Abs. 1, lit. a)	06.12.2011	01.01.2013	geändert	AGS 2012/6-3
§ 67k Abs. 1, lit. b)	06.12.2011	01.01.2013	geändert	AGS 2012/6-3
§ 67k Abs. 1, lit. c)	06.12.2011	01.01.2013	geändert	AGS 2012/6-3
§ 67k Abs. 1, lit. d)	06.12.2011	01.01.2013	aufgehoben	AGS 2012/6-3
§ 67k Abs. 2	06.12.2011	01.01.2013	eingefügt	AGS 2012/6-3
§ 67k Abs. 3	06.12.2011	01.01.2013	eingefügt	AGS 2012/6-3
§ 67l	28.10.1980	01.03.1981	eingefügt	AGS Bd. 10 S. 305
§ 67l	06.12.2011	01.01.2013	Titel geändert	AGS 2012/6-3
§ 67l Abs. 1	06.12.2011	01.01.2013	geändert	AGS 2012/6-3
§ 67l Abs. 2	06.12.2011	01.01.2013	geändert	AGS 2012/6-3
§ 67l Abs. 3	06.12.2011	01.01.2013	eingefügt	AGS 2012/6-3
§ 67l Abs. 4	06.12.2011	01.01.2013	eingefügt	AGS 2012/6-3
§ 67m	28.10.1980	01.03.1981	eingefügt	AGS Bd. 10 S. 305
§ 67m	06.12.2011	01.01.2013	Titel geändert	AGS 2012/6-3
§ 67m Abs. 1	06.12.2011	01.01.2013	geändert	AGS 2012/6-3
§ 67m Abs. 2	06.12.2011	01.01.2013	eingefügt	AGS 2012/6-3
§ 67m Abs. 3	06.12.2011	01.01.2013	eingefügt	AGS 2012/6-3
§ 67n	28.10.1980	01.03.1981	eingefügt	AGS Bd. 10 S. 305
§ 67n	06.12.2011	01.01.2013	Titel geändert	AGS 2012/6-3
§ 67n Abs. 1	06.12.2011	01.01.2013	geändert	AGS 2012/6-3
§ 67n Abs. 2	06.12.2011	01.01.2013	geändert	AGS 2012/6-3
§ 67o	28.10.1980	01.03.1981	eingefügt	AGS Bd. 10 S. 305

210.100

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	AGS Fundstelle
§ 67o	06.12.2011	01.01.2013	Titel geändert	AGS 2012/6-3
§ 67o Abs. 1	06.12.2011	01.01.2013	geändert	AGS 2012/6-3
§ 67p	28.10.1980	01.03.1981	eingefügt	AGS Bd. 10 S. 305
§ 67p	06.12.2011	01.01.2013	Titel geändert	AGS 2012/6-3
§ 67p Abs. 1	23.03.2010	01.01.2011	geändert	AGS 2010/5-7
§ 67p Abs. 1	06.12.2011	01.01.2013	geändert	AGS 2012/6-3
§ 67p Abs. 2	06.12.2011	01.01.2013	geändert	AGS 2012/6-3
§ 67p Abs. 3	06.12.2011	01.01.2013	aufgehoben	AGS 2012/6-3
§ 67q	28.10.1980	01.03.1981	eingefügt	AGS Bd. 10 S. 305
§ 67q	06.12.2011	01.01.2013	Titel geändert	AGS 2012/6-3
§ 67q Abs. 1	06.12.2011	01.01.2013	geändert	AGS 2012/6-3
§ 67q Abs. 1, lit. a)	06.12.2011	01.01.2013	eingefügt	AGS 2012/6-3
§ 67q Abs. 1, lit. b)	06.12.2011	01.01.2013	eingefügt	AGS 2012/6-3
§ 67q Abs. 1, lit. c)	06.12.2011	01.01.2013	eingefügt	AGS 2012/6-3
§ 67q Abs. 1, lit. d)	06.12.2011	01.01.2013	eingefügt	AGS 2012/6-3
§ 67q Abs. 1, lit. e)	06.12.2011	01.01.2013	eingefügt	AGS 2012/6-3
§ 67q Abs. 1, lit. f)	06.12.2011	01.01.2013	eingefügt	AGS 2012/6-3
§ 67q Abs. 1, lit. g)	06.12.2011	01.01.2013	eingefügt	AGS 2012/6-3
§ 67q Abs. 1, lit. h)	06.12.2011	01.01.2013	eingefügt	AGS 2012/6-3
§ 67q Abs. 2	06.12.2011	01.01.2013	eingefügt	AGS 2012/6-3
§ 67q Abs. 3	06.12.2011	01.01.2013	eingefügt	AGS 2012/6-3
§ 67q Abs. 4	06.12.2011	01.01.2013	eingefügt	AGS 2012/6-3
§ 67r	28.10.1980	01.03.1981	eingefügt	AGS Bd. 10 S. 305
§ 67r	06.12.2011	01.01.2013	Titel geändert	AGS 2012/6-3
§ 67r Abs. 1	06.12.2011	01.01.2013	geändert	AGS 2012/6-3
§ 67r Abs. 2	06.12.2011	01.01.2013	eingefügt	AGS 2012/6-3
Titel 2.3.3.	06.12.2011	01.01.2013	eingefügt	AGS 2012/6-3
§ 67s	28.10.1980	01.03.1981	eingefügt	AGS Bd. 10 S. 305
§ 67s	06.12.2011	01.01.2013	Titel geändert	AGS 2012/6-3
§ 67s Abs. 1	06.12.2011	01.01.2013	geändert	AGS 2012/6-3
§ 67s Abs. 2	06.12.2011	01.01.2013	geändert	AGS 2012/6-3
§ 67t	06.12.2011	01.01.2013	eingefügt	AGS 2012/6-3
§ 67u	06.12.2011	01.01.2013	eingefügt	AGS 2012/6-3
§ 68	25.02.2003	01.09.2003	aufgehoben	AGS 2003 S. 165
§ 69	23.06.1987	01.01.1988	aufgehoben	AGS Bd. 12 S. 499
§ 70	30.08.2011	01.01.2013	aufgehoben	AGS 2012/4-1
§ 72	25.02.2003	01.09.2003	totalrevidiert	AGS 2003 S. 165
§ 74 Abs. 1	06.12.2011	01.01.2013	geändert	AGS 2012/6-3
§ 74 Abs. 3	06.12.2011	01.01.2013	geändert	AGS 2012/6-3
§ 76a	25.02.2003	01.09.2003	eingefügt	AGS 2003 S. 165
§ 77 Abs. 1	25.02.2003	01.09.2003	geändert	AGS 2003 S. 165
§ 77 Abs. 2	18.12.1984	01.01.1988	geändert	AGS Bd. 12 S. 390
§ 78	18.12.1984	01.01.1988	aufgehoben	AGS Bd. 12 S. 390
§ 79	23.03.2010	01.01.2011	aufgehoben	AGS 2010/5-7
§ 80	23.03.2010	01.01.2011	aufgehoben	AGS 2010/5-7
§ 82 Abs. 2	02.02.1971	01.05.1972	aufgehoben	AGS Bd. 8 S. 196
§ 84a	04.09.2007	01.09.2008	eingefügt	AGS 2008 S. 200
§ 85	18.12.1984	01.01.1988	totalrevidiert	AGS Bd. 12 S. 390
§ 85	23.03.2010	01.01.2011	aufgehoben	AGS 2010/5-7
§ 86	11.03.2008	01.09.2008	aufgehoben	AGS 2008 S. 222
§ 87	02.02.1971	01.05.1972	aufgehoben	AGS Bd. 8 S. 196
§ 88 Abs. 1	10.03.2009	01.01.2010	geändert	AGS 2009 S. 258
§ 88 Abs. 3	10.03.2009	01.01.2010	aufgehoben	AGS 2009 S. 258
§ 88 Abs. 4	10.03.2009	01.01.2010	geändert	AGS 2009 S. 258
§ 88 Abs. 6	10.03.2009	01.01.2010	eingefügt	AGS 2009 S. 258
§ 89	10.03.2009	01.01.2010	totalrevidiert	AGS 2009 S. 258
§ 91	10.03.2009	01.01.2010	totalrevidiert	AGS 2009 S. 258
§ 92 Abs. 1	16.03.2010	01.01.2013	geändert	AGS 2010/5-3
§ 93	02.02.1971	01.05.1972	aufgehoben	AGS Bd. 8 S. 196
§ 94 Abs. 1	11.11.1980	01.01.1982	geändert	AGS Bd. 10 S. 497
§ 95	09.07.1968	01.04.1969	totalrevidiert	AGS Bd. 7 S. 219
§ 96	11.11.1980	01.01.1982	aufgehoben	AGS Bd. 10 S. 496
§ 97	09.07.1968	01.04.1969	aufgehoben	AGS Bd. 7 S. 219
§ 98	09.07.1968	01.04.1969	aufgehoben	AGS Bd. 7 S. 219
§ 99	09.07.1968	01.04.1969	aufgehoben	AGS Bd. 7 S. 219
§ 100	09.07.1968	01.04.1969	aufgehoben	AGS Bd. 7 S. 219
§ 101	09.07.1968	01.04.1969	aufgehoben	AGS Bd. 7 S. 219

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	AGS Fundstelle
§ 102	09.07.1968	01.04.1969	aufgehoben	AGS Bd. 7 S. 219
§ 103	02.02.1971	01.05.1972	aufgehoben	AGS Bd. 8 S. 196
§ 104	02.02.1971	01.05.1972	aufgehoben	AGS Bd. 8 S. 196
§ 105	02.02.1971	01.05.1972	aufgehoben	AGS Bd. 8 S. 196
§ 106	02.02.1971	01.05.1972	aufgehoben	AGS Bd. 8 S. 196
§ 107	02.02.1971	01.05.1972	aufgehoben	AGS Bd. 8 S. 196
§ 108	02.02.1971	01.05.1972	aufgehoben	AGS Bd. 8 S. 196
§ 109	02.02.1971	01.05.1972	aufgehoben	AGS Bd. 8 S. 196
§ 110	02.02.1971	01.05.1972	aufgehoben	AGS Bd. 8 S. 196
§ 111	02.02.1971	01.05.1972	aufgehoben	AGS Bd. 8 S. 196
§ 112	02.02.1971	01.05.1972	aufgehoben	AGS Bd. 8 S. 196
§ 113	02.02.1971	01.05.1972	aufgehoben	AGS Bd. 8 S. 196
§ 114	02.02.1971	01.05.1972	aufgehoben	AGS Bd. 8 S. 196
§ 115	02.02.1971	01.05.1972	aufgehoben	AGS Bd. 8 S. 196
§ 116	02.02.1971	01.05.1972	aufgehoben	AGS Bd. 8 S. 196
§ 117	17.03.2009	01.01.2010	totalrevidiert	AGS 2009 S. 272
§ 117a	31.03.2009	01.01.2010	eingefügt	AGS 2009 S. 302
§ 119	18.12.1984	01.01.1988	aufgehoben	AGS Bd. 12 S. 390
§ 120	23.03.2010	01.01.2011	aufgehoben	AGS 2010/5-7
§ 121	23.03.2010	01.01.2011	aufgehoben	AGS 2010/5-7
§ 122	25.02.2003	01.09.2003	totalrevidiert	AGS 2003 S. 165
§ 122	23.03.2010	01.01.2011	aufgehoben	AGS 2010/5-7
§ 124	18.12.1984	01.01.1988	totalrevidiert	AGS Bd. 12 S. 390
§ 124	23.03.2010	01.01.2011	aufgehoben	AGS 2010/5-7
§ 125	24.05.2011	01.01.2012	aufgehoben	AGS 2011/6-7
§ 126	24.05.2011	01.01.2012	aufgehoben	AGS 2011/6-7
§ 127	24.05.2011	01.01.2012	aufgehoben	AGS 2011/6-7
§ 128	24.05.2011	01.01.2012	aufgehoben	AGS 2011/6-7
§ 129	23.03.2010	01.01.2011	aufgehoben	AGS 2010/5-7
§ 130 Abs. 1	24.05.2011	01.01.2012	geändert	AGS 2011/6-7
§ 131	24.05.2011	01.01.2012	aufgehoben	AGS 2011/6-7
§ 134	04.12.2007	01.01.2009	totalrevidiert	AGS 2008 S. 377
§ 135	18.12.1984	01.01.1988	totalrevidiert	AGS Bd. 12 S. 390
§ 135	23.03.2010	01.01.2011	aufgehoben	AGS 2010/5-7
§ 136	09.03.1999	01.08.1999	totalrevidiert	AGS 1999 S. 116
§ 137	09.03.1999	01.08.1999	aufgehoben	AGS 1999 S. 116
§ 138 Abs. 1	24.05.2011	24.05.2011	geändert	AGS 2011/3-35
§ 138 Abs. 1, lit. a)	24.05.2011	24.05.2011	eingefügt	AGS 2011/3-35
§ 138 Abs. 1, lit. b)	24.05.2011	24.05.2011	eingefügt	AGS 2011/3-35
§ 138 Abs. 1, lit. c)	24.05.2011	24.05.2011	eingefügt	AGS 2011/3-35
§ 138 Abs. 2	24.05.2011	24.05.2011	eingefügt	AGS 2011/3-35
§ 139	09.03.1999	01.08.1999	aufgehoben	AGS 1999 S. 116
§ 140	24.05.2011	01.01.2012	aufgehoben	AGS 2011/6-8
§ 141	02.02.1971	01.05.1972	aufgehoben	AGS Bd. 8 S. 196
§ 141a	09.03.1999	01.08.1999	totalrevidiert	AGS 1999 S. 116
§ 141a	24.05.2011	01.01.2012	aufgehoben	AGS 2011/6-8
§ 141a Abs. 3	26.06.2007	01.01.2008	eingefügt	AGS 2007 S. 331
§ 142	30.08.2011	01.01.2013	aufgehoben	AGS 2012/4-1
§ 143	18.11.2008	01.05.2009	totalrevidiert	AGS 2009 S. 58
§ 144	24.05.2011	01.01.2012	aufgehoben	AGS 2011/6-7
§ 145 Abs. 1	24.05.2011	01.01.2012	geändert	AGS 2011/6-7
§ 147	25.02.2003	01.09.2003	totalrevidiert	AGS 2003 S. 165
§ 147	23.03.2010	01.01.2011	aufgehoben	AGS 2010/5-7
§ 148	25.02.2003	01.09.2003	totalrevidiert	AGS 2003 S. 165
§ 148	23.03.2010	01.01.2011	aufgehoben	AGS 2010/5-7
§ 148a	24.05.2011	01.01.2012	eingefügt	AGS 2011/6-7
§ 149	23.06.1987	01.01.1988	totalrevidiert	AGS Bd. 12 S. 499
§ 150	23.06.1987	01.01.1988	totalrevidiert	AGS Bd. 12 S. 499
§ 150	23.03.2010	01.01.2011	aufgehoben	AGS 2010/5-7
§ 150 Abs. 1, lit. 1.	25.02.2003	01.09.2003	geändert	AGS 2003 S. 165
§ 151	25.02.2003	01.09.2003	totalrevidiert	AGS 2003 S. 165
§ 151	23.03.2010	01.01.2011	aufgehoben	AGS 2010/5-7
§ 151a	23.06.1987	01.01.1988	eingefügt	AGS Bd. 12 S. 499
§ 151b	23.06.1987	01.01.1988	eingefügt	AGS Bd. 12 S. 499
§ 152	02.02.1971	01.05.1972	aufgehoben	AGS Bd. 8 S. 196
§ 157 Abs. 2	24.05.2011	01.01.2012	eingefügt	AGS 2011/6-7
§ 160	30.08.2011	01.01.2013	aufgehoben	AGS 2012/4-1

210.100

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	AGS Fundstelle
Titel 5.1.3.	10.03.2009	01.01.2010	eingefügt	AGS 2009 S. 258
§ 160a	10.03.2009	01.01.2010	eingefügt	AGS 2009 S. 258
§ 160b	06.12.2011	01.01.2013	eingefügt	AGS 2012/6-3
§ 161a	25.02.2003	01.09.2003	eingefügt	AGS 2003 S. 165
Titel 5.2.5.	25.02.2003	01.09.2003	eingefügt	AGS 2003 S. 165
§ 165a	25.02.2003	01.09.2003	eingefügt	AGS 2003 S. 165
§ 167 Abs. 1, lit. 4.	23.03.2010	01.01.2011	geändert	AGS 2010/5-7
§ 168 Abs. 1, lit. 1.	23.03.2010	01.01.2011	geändert	AGS 2010/5-7
§ 170	09.03.1999	01.08.1999	eingefügt	AGS 1999 S. 116